

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.9/10 - 58. Jahrgang

3. Mai 2008

Thema der Woche:

Öffnung Tempelhoofs bereichert Berlin

Der von der ICAT initiierte Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof ist gescheitert. Dadurch wird nochmals unterstrichen, dass die Zukunft des Tempelhofer Feldes in einer nachhaltigen und ökologischen Entwicklung, hin zu einem gesunden, zukunftsfähigen und lebendigen Areal liegen wird. Die Öffnung des 386 ha großen Flugfeldes für die Berlinerinnen und Berliner wird eine Bereicherung für die Stadt sein. Diese Chancen - die in der Entwicklung eines solchen innerstädtischen Gebiets liegen und um die wir international beneidet werden - haben die Bewohner und Bewohnerinnen Berlins mehrheitlich gewürdigt.

Dass eine beachtliche Anzahl von Berlinern und Berlinerinnen aus historischen oder emotionalen Gründen für eine Fortsetzung des Flugbetriebs in der Innenstadt gestimmt hat, erklärt sich m. E. auch aus der hohen Symbolkraft des Flughafengebäudes und der gesamten Anlage. Nach Aufgabe des Flugbetriebs wird es erst möglich sein, das Gebäude tatsächlich umfassend zu öffnen. Hier soll ein Zentrum der Kreativwirtschaft entstehen, in dem aber auch die Erinnerung an die Geschichte des Flughafens und an die Luftbrücke ihren Platz finden wird. Selbstverständlich wird das unter Denkmalschutz stehende Gebäude dabei seinen architektonischen Charakter vollständig bewahren. Bereits im Mai beginnt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit einem internetbasierten Ideenwettbewerb für das Gebäude und das Tempelhofer Feld.

Ingeborg Junge-Reyer □



Ingeborg Junge-Reyer ist Senatorin für Stadtentwicklung.

1. Mai:

„Gute Arbeit muss drin sein“

SPD: Armut verhindern, Mindestlohn durchsetzen

Die Forderung nach guter Arbeit und fairen Löhnen war das zentrale Thema der Maikundgebungen. Michael Müller, Landesvorsitzender der SPD, unterstrich seine Ablehnung von Dumpinglöhnen und die Notwendigkeit von flächendeckenden Mindestlöhnen. Diese Forderung könne nur durch eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erreicht werden.

Die ver.di-Bezirksvorsitzende Berlin-Brandenburg, Susanne Stumpfenhusen, betonte in ihrer Rede auf der Kundgebung, dass der Aufschwung bei allen ankommen müsse. Menschen seien "arm trotz Arbeit". Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte auf der zentralen Mai-Kundgebung in Mainz: „Unsere Botschaft ist klar, verständlich und machbar: Arbeit darf nicht arm machen - Deutschland braucht den Mindestlohn.“

Die Politik, so Sommer, solle nicht nur über Vollbeschäftigung reden, sie müsse dort handeln, wo sie es könne. Er forderte mehr öffentliche Investitionen, die Förderung von Bildung und Weiterbildung und



Mai-Demonstration: SPD-Arbeitsmarktpolitikerin Burgunde Grosse und die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Barbara Loth. Foto: Horb

die Regulierung der Energiepreise. Das Motto der Union "Sozial ist, was Arbeit schafft" kritisierte Sommer als "unsoziale Verlogenheit". Weder Ein-Euro-Jobs noch unterbezahlte Arbeit für drei oder fünf Euro die Stunde hätten etwas mit guter Arbeit zu tun. "Gute Arbeit ist menschenwürdige Arbeit", so Sommer. **BS □**

siehe auch Seite 2

2. Mai:

SPD: Kein Raum für Neonazis

Beck erinnerte an Stürmung der Gewerkschaftshäuser vor 75 Jahren

Alt- und Neonazis dürfe kein Raum für ihre menschenverachtende Ideologie gelassen werden, so der SPD-Vorsitzende Kurt Beck. Er erinnerte an die Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis am 2. Mai 1933.

Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften sei nur wenige Tage nach dem so genannten Ermächtigungsgesetz erfolgt, das gegen die Stimmen der SPD im Reichstag brutal durchgesetzt worden war. Kurt Beck: „Angesichts der Aufmärsche von Alt- und Neonazis am 1. Mai und in Aufarbeitung der historischen Erfahrung bekräftigt die Sozialdemokratie ihre Überzeugung, dass soziale Demokratie auch eine wehr-

hafte Demokratie sein muss. Wir erneuern deshalb unsere Forderung nach einem Ver-

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT AM 24. MAI. WIR WÜNSCHEN ANGENEHME PFINGSTTAGE.

bot der neonazistischen und verfassungsfeindlichen NPD. Dies sind wir den Opfern von Faschismus und Krieg, aber auch einer stabilen und sozialen Demokratie in Deutschland schuldig.“ Auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer unterstützte die Forderung. **BS □**

1. Mai:

„Mut der SPD zahlt sich aus“

Beck und Steinmeier beschreiben Reformziele

Die SPD habe die Kraft aufgebracht, mit teilweise schmerzhaften Entscheidungen den Reformstau der Regierung Kohl zu überwinden, neue Fundamente für wirtschaftliches Wachstum zu legen und die Sicherheit der sozialen Systeme langfristig neu zu begründen. **„Wir hatten den Mut, notwendige Reformen einzuleiten, ohne dabei auf den nächsten Wahltag zu schauen“**, so Kurt Beck und Frank-Walter Steinmeier in einem gemeinsamen Beitrag für die Süddeutsche Zeitung.

Inzwischen zeige sich, dass sich die Anstrengung für das Land und die Menschen ausgezahlt habe. **„An diesem 1. Mai, nach knapp zehn Jahren sozialdemokratischer Gestaltung in der Bundesregierung, können wir mit einigem Stolz sagen, dass wir die Wende zum Besseren geschafft haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf gut 3,5 Millionen gesunken. Wir sehen sogar gute Chancen, in diesem Jahr zum ersten Mal im vereinten Deutschland wieder eine „Zwei“ vor dem Komma zu erreichen“**, betonen beide SPD-Spitzenpolitiker. Weil so viele Menschen wie noch nie sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien, hätten sich auch die Sozialkassen wieder **„solide gefüllt“**. Zudem wolle die SPD erstmals seit 1969 in 2011 wieder einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen.



1. Mai in Berlin: Stand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Foto: Horb

Ziel der SPD sei es, Vollbeschäftigung in Deutschland zu guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen zu erreichen. **„Und wir wollen nicht nur, dass jeder Mensch in unserem Land gute Aussichten hat, Arbeit zu finden, sondern auch die realistische Chance auf seinen sozialen Aufstieg erhält.“**

Damit Deutschland fit für die Zukunft bleibe, gehöre zu einer strategischen Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung eine umfassende Bildungs- und Qualifizierungsoffensive. **„Wir wollen eine Renaissance der sozialdemokratischen Bildungspolitik der 70-er Jahre, als unzählige Kinder aus Arbeiterfamilien zum ersten Mal zum Gymnasium und studieren konnten“**, fordern die beiden SPD-Spitzenpolitiker. **BS □**

Volksentscheid:

Für Polarisierung gesorgt

CDU-Kampagne setzte ganz auf den „alten“ Westen

Die Tempelhof-Entscheidung hat die Stadt polarisiert. Im Ergebnis wurden die unterschiedlichen Interessenlagen sichtbar.

„Jetzt wollen die uns auch noch den Flughafen wegnehmen“, so eine ältere Passantin aus West-Berlin in einer Fernsehreportage. „Die“ - das ist der Osten, wo BBI entsteht. Dass die CDU den Slogan „Ich bin ein Berliner“ für Tempelhof plakatierete, setzte auf dieser Stimmung auf und mobilisierte im Westteil Berlins mit Ressentiments, die im Ostteil Berlins durchaus bemerkt wurden.

Entsprechend fiel weitgehend das Abstimmungsergebnis aus. In den östlichen Berliner Bezirken überwog ganz klar das Nein, das Interesse am Thema war eher gering. Ein Ja gab es dort nur im Südosten Treptow-Köpenicks, also in Stimmbezirken, die an Schönefeld angrenzten. Hier war die Interessenlage offenbar eher, den Ausbau

von BBI auf diesem Weg zu verhindern. Ihre eigene Interessenlage vertraten auch die Friedenauer: In der Einflugschneise Tempelhofs, wo der Fluglärm tatsächlich spürbar wird, stimmten die Anwohner mit bis zu 67 Prozent für Nein. Ergebnisse, die sich auch in einigen an den Flughafen angrenzenden Teilen Neuköllns und Schöneberg-Nords finden lassen. In den besser geschützten Bereichen dagegen überwog das Ja.

Die CDU hat mit ihrer Kampagne versucht, das „alte“ gegen das „neue“ Berlin auszuspielen und gerade dadurch die Abstimmung verloren. Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung (rund 880.000 abgegebene Stimmen) haben die Flugbefürworter wohl mit 530.000 Stimmen ihr Maximum erreicht. Überraschend hoch ist mit 350.000 die Zahl der Nein-Stimmen. Nicht überall verfiel die Parole der ICAT, wer nicht abstimme, stimme mit Nein. **U.H. □**

POLITIK PERSÖNLICH



Benjamin Mikfeld, Abteilungsleiter im Willy-Brandt-Haus und früherer Juso-Vorsitzender, hat auf dem U-Bahnhof Wedding die Verbandsgeschichte der Jusos wiederentdeckt. Bei Reinigungsarbeiten an den Plakatwänden war als unterste Schicht ein Juso-Einladungsplakat aus dem Jahre 1973 zum Vorschein gekommen.

Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident, Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, ist einer von vier Sprecherinnen und Sprechern des Arbeitskreises „Christinnen und Christen in der SPD“. Mit dieser Wahl haben Christinnen und Christen in der SPD erstmals eine nach außen erkennbare Vertretung. Der Zusammenschluss auf Bundesebene will inhaltliche Aktivitäten künftig noch stärker bündeln, die Vernetzung von Christinnen und Christen in der Partei fördern und die Kontakte in die Diözesen und Landeskirchen, zu Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen weiter verstärken.

Michael Rüter, bislang Abteilungsleiter im Willy-Brandt-Haus, ist zum neuen Landesgeschäftsführer der niedersächsischen SPD berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Dr. Frank Wilhelmy an, der als Politikberater nach Berlin wechselte. Mit Michael Rüter habe die SPD „einen erfahrenen Wahlkämpfer und Strategen für die Arbeit in Niedersachsen gewinnen können“, so der der SPD-Landesvorsitzende Garrelt Duin. **□**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORREkt Mailingservice Berlin

Volksentscheid:

BBI gesichert, Fluglärm beendet

Michael Müller: Jetzt den Zukunftsfragen zuwenden

Nach dem Scheitern des Volksentscheids zum Flughafen Tempelhof soll noch im Mai ein internationaler Ideenwettbewerb stattfinden. Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller hat nach dem Scheitern des Volksbegehrens zu Tempelhof dazu aufgerufen, den Blick nach vorn zu richten. „Die Berlinerinnen und Berliner haben nach dieser Entscheidung einen Anspruch darauf, dass die zentralen Zukunftsaufgaben unserer Stadt wieder in den Mittelpunkt gerückt werden“, sagte Müller.

Müller begrüßte das Ergebnis des Volksentscheids: „Durch diese Entscheidung werden 460.000 Anwohnerinnen und Anwohner ab dem 1. November 2008 vor Fluglärm, Umweltverschmutzung und Sicherheitsrisiken bewahrt. Gleichzeitig ist das Votum für BBI von herausragender Bedeutung, denn nun steht einem zügigen Ausbau des größten Infrastrukturprojektes der Region nichts mehr im Wege.“

Das Ergebnis sei aber auch „eine schwere politische Niederlage für CDU und FDP“. Müller: „Der CDU-Fraktionsvorsitzende Pflüger ist trotz bisher nie dagewesener medialer und finanzieller Unterstützung



Fluglärm gestoppt.

Foto: Horb

politisch und persönlich gescheitert.“ Die Konzepte zur Nachnutzung müssten nun zügig vorangetrieben werden. Dabei werde das Gedenken an die historische Bedeutung des Flughafens eine herausragende Rolle spielen, so Müller.

Der Senat richtete am Dienstag eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters ein. Hier sollen die Vorbereitungen für die Öffnung des Geländes erfolgen. Zuvor müssen im Sommer die Eigentumsverhältnisse mit dem Bund geklärt werden. Mit einem sogenannten „Call for Ideas“ werden drei Monate lang weltweit Interessenten aufgefordert, ihre Ent-

wicklungsideen zu benennen. Im August beginnt der Wettbewerb für die Entwicklung des „Columbiaquartiers“, einem Quartier für innovative Wohnformen mitten in der Innenstadt und zugleich im Grünen.

Um die Chancen des Tempelhofer Feldes auch sinnlich erfahrbar zu machen, wird im November eine erste Begehbarmachung des Areals ermöglicht. Die eigentliche Öffnung wesentlicher Teile des Tempelhofer Feldes wird dann im Frühjahr 2009 erfolgen.

Nach der Entscheidung zu Tempelhof wächst das Interesse an einer Nachnutzung. So bekräftigten die Filmstudios Babelsberg ihre Pläne, Tempelhof neben Babelsberg und Adlershof zu einem „hochkarätigen Filmstandort“ ausbauen zu wollen. Auch das bisher in Zehlendorf beheimatete Alliiertenmuseum möchte nach Tempelhof ziehen, wo bereits einige militärgeschichtliche Objekte eingelagert sind. Während die CDU den Plan ablehnte, gibt es in der Senatskulturverwaltung Sympathien für die Idee. Der Regierende Bürgermeister hatte sich bereits vor dem Volksentscheid für ein würdiges Andenken an die Luftbrücke in Tempelhof ausgesprochen. **BS** □

Job-Center:

Weiter Leistungen aus einer Hand

SPD-Bundestagsfraktion für Modell der „kooperativen Job-Center“

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007 wurde die Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit mit den Kommunen in den so genannten ARGEN für nicht verfassungskonform erklärt. Das Gericht hat eine Übergangsfrist bis Ende 2010 eingeräumt, bis dann muss eine Umstrukturierung der JobCenter abgeschlossen sein. Wir wollen aber rascher über die künftige Organisationsform entscheiden, voraussichtlich in diesem Sommer. Denn nicht nur die kommunalen Beschäftigten sind verunsichert, auch von den Arbeit Suchenden werden zu Recht klare Entscheidungen erwartet.

Wir wollen auch weiterhin Leistungen „aus einer Hand“. Die SPD-Fraktion bevorzugt das Modell des so genannten kooperativen Jobcenters, in dem Kundinnen und Kunden auch in Zukunft gute und verzahnte Dienstleistungen unter einem Dach von den beiden Leistungsträgern Kommune und Agentur erhalten. Konkret geplant ist hier, die Zusammenarbeit von Kommune



Besuch im Job-Center Tempelhof-Schöneberg.

und Agentur für Arbeit über freiwillige Kooperationsvereinbarungen abzusichern. Die kommunalen Beschäftigten in den ARGEN, die bereits heute Aufgaben der Arbeitsagentur erledigen, erhalten ein Beschäftigungsangebot der Bundesagentur für Arbeit. Ein Wechsel kann aber nur auf freiwilliger Basis stattfinden. Ein Kooperationsausschuss aus VertreterInnen der Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit übernimmt die Rolle der bisherigen Trägervertretung. In diesem Ausschuss würde das lokale Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm festgelegt werden.

Mir ist wichtig, dass bei den Überlegungen zur Neustrukturierung auch die Berli-

ner Situation von vornherein berücksichtigt wird. Um das zu erreichen, habe ich am 21. April Andrea Nahles, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ins Job-Center Tempelhof-Schöneberg eingeladen. Im Gespräch mit VertreterInnen der Arbeitsagentur, des Bezirks und der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ist klar geworden: Schon wegen des zweistufigen Verwaltungsaufbaus innerhalb der Einheitsgemeinde sind Berliner Verhältnisse nicht übertragbar auf andere Großstädte wie z.B. München oder Hamburg, die jeweils ein zentrales JobCenter und zahlreiche dezentrale Einrichtungen vorhalten. Ebenso wenig sind Berliner Verhältnisse vergleichbar mit den Strukturen in einem Flächenstaat. Allein in Tempelhof-Schöneberg betreuen 550 MitarbeiterInnen rund 30.000 Bedarfsgemeinschaften. Eine besonders große Herausforderung stellt zudem die relativ große Zahl an Langzeitarbeitslosen dar. Bei solchen Dimensionen kann es nur sinnvoll sein, in jedem Bezirk ein JobCenter beizubehalten.

Mechthild Rawert □

Wirtschaft:

„Immer an der richtigen Adresse“

Frank Jahnke zur Weiterentwicklung der Berliner Wirtschaftsförderung

Bereits in der Koalitionsvereinbarung 2001-2006 formulierten SPD und PDS den Anspruch, eine "One-Stop-Agency" zu schaffen und damit die unübersichtliche Förderlandschaft des Landes Berlin neu zu ordnen, d.h. möglichen Investoren eine klar erkennbare Anlaufstation zu bieten, von der alle weiteren Schritte für eine Ansiedlung geregelt würden.

In der Folge entstand die Berlin Partner GmbH durch Zusammenschluss mehrerer bis dahin nebeneinander tätiger Institutionen (WFB, BAO, Partner für Berlin).

Zur Einbeziehung des für alle erforderlichen Genehmigungsverfahren unverzichtbaren hoheitlichen Bereichs wurde als "interne One-Stop-Agency" die Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen (ZAK) bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft geschaffen.

Die monetäre Seite der Förderung blieb in der IBB konzentriert, die - seit 2004 aus der Landesbank ausgegliedert - als nunmehr eigenständige Förderbank des Landes Berlin fungiert. Daneben besteht für den Bereich der Innovations- und Technologieförderung nach wie vor die Technologiestiftung Berlin (TSB). Desweiteren existieren bezirkliche Wirtschaftsförderabteilungen in allen zwölf Bezirken.

In den zurückliegenden Jahren konnten bereits einige spektakuläre Ansiedlungserfolge erzielt werden (z.B. Universal, MTV, Sony oder jüngst Pfizer).

Doch in deutlichem Gegensatz zur erreichten Professionalisierung der Ansiedlungspolitik existiert für Bestandsunternehmen nach wie vor kein klar definierter Ansprechpartner. Die Berlin Partner GmbH fühlt sich für diesen Bereich bislang nicht zuständig. Die ZAK ist in der Stadt relativ wenig bekannt und wäre auch personell kaum in der Lage, sich dezentral der Vielzahl insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu widmen. Die bezirklichen Wirtschaftsfördereinrichtungen, die für diese Klientel im Grunde die richtige Ansprechenebene darstellen könnten, sind personell ebenfalls äußerst dünn besetzt (im Schnitt kaum mehr als drei Mitarbeiter/innen pro Bezirk).

Für Unternehmen jeder Größenordnung die jeweils adäquate Form und Ebene der Ansprache zu finden, ist eine der Schlüsselfragen der Bestandspflege!

Bei den größten Unternehmen der Stadt (z.B. Siemens, Deutsche Bahn, Bayer-Schering usw.) stellt der direkte regelmäßige Kontakt mit dem Regierenden Bürgermei-



Frank Jahnke ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Foto: SPD

ster und dem Wirtschaftsminister eine Notwendigkeit dar.

Berlin Partner bleibt für neu akquirierte Unternehmen auch in der Phase nach ihrer Ansiedlung ein wichtiger Ansprechpartner und könnte diese Funktion auch für größere Unternehmen erfüllen, die schon länger in Berlin vor Ort sind. Für das Gros der kleinen und mittleren Unternehmen, die in Berlin das Rückgrat der Wirtschaft bilden, wäre eine einzige zentrale Organisation wie Berlin Partner jedoch überfordert.

Berlin ist ein Gebiet mit 3,4 Mio. Einwohnern und mehr als 200.000 Unternehmen. Vieles von dem, was in Flächenländern unter dem Begriff "Kommunale Wirtschaftsförderung" der jeweiligen Stadt zugeordnet ist, kann Berlin aufgrund seiner Größe nicht auf der gesamtstädtischen Ebene lösen, sondern die kommunale Wirtschaftsförderung muss dezentral organisiert sein, d.h. regional in den Bezirken ansetzen. Hier ist eine größere Nähe zu den kleinen und

mittleren Unternehmen vorhanden und hier werden auch regionalspezifische Besonderheiten eher erkannt.

Um dennoch den Charakter der Einheitsgemeinde nicht zu verwischen und die Qualität der Wirtschaftsförderung nicht völlig dem zufälligen Sitz des Unternehmens in einem Bezirk zu überlassen (viele Unternehmen sind auch in mehreren Bezirken vertreten), ist eine Koordinierung der Wirtschaftsförderung in den Bezirken unerlässlich. Diese Aufgabe sollte eigenverantwortlich von den Bezirken in Zusammenarbeit mit der ZAK, und bei Fragen der monetären Förderung unter Einbeziehung der IBB übernommen werden. Hierzu ist eine Konzeption zu entwickeln. Auf dieser Ebene ließen sich etwa Fragen der gemeinsamen Außendarstellung, der vergleichbaren Handhabung bestimmter Genehmigungsverfahren, eines Auftritts im Internet nach vergleichbaren Kriterien u.ä. regeln.

In einer so großen und komplexen Stadt wie Berlin wird man es auch mit erheblichem Werbe- und Informationsaufwand kaum erreichen können, dass die Berliner Unternehmerschaft und auswärtige Investoren stets sofort den richtigen Weg zu der für sie passenden Institution finden. Es soll aber möglichst kein Anliegen unbeantwortet bleiben, denn es geht um den Wirtschaftsstandort!

Daher reicht es nicht aus, auf "Nichtzuständigkeit" zu verweisen und dem Interessenten vielleicht noch die richtige Adresse zu nennen, sondern eine tatsächlich wirtschaftsfreundliche Verwaltung muss intern eine Struktur schaffen, die den Ratsuchenden an die richtige Stelle leitet, unabhängig davon, wo er zuerst aufläuft - sei es bei Berlin Partner, bei der ZAK, beim Bezirk oder bei der IBB. Bei all diesen Institutionen muss die Kenntnis über die jeweils adäquate Ebene vorhanden sein, und eine entsprechende Weiterleitung des Anliegens muss automatisch erfolgen, so dass der Ratsuchende von dort Antwort erhält und die passenden Maßnahmen ergriffen werden.

Es bedarf eines Leitsystems für die Wirtschaftsförderung. Die Verantwortlichkeiten innerhalb dieses Systems müssen klar definiert und allen Beteiligten bekannt sein. Hierbei müssen Aspekte der Bestandspflege und -sicherung zukünftig ebenso stark beachtet werden wie bereits Fragen der Ansiedlung von Unternehmen und der Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Berlin. **Frank Jahnke** □

Diskussion zum Thema

„Weiterentwicklung der Berliner Wirtschaftsförderung - klare Aufgaben und Strukturen“, 7. Mai, 19 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Saal 304, Moderation: Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses Wirtschaft der Berliner SPD. Es diskutieren Wirtschaftsminister Harald Wolf, Jürgen Wittke (Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Berlin), Barbara Loth (Stadträtin für Wirtschaft, Vorsitzende des Fachausschusses Wirtschaft)

Werteunterricht:

Ein Plädoyer "Pro Ethik"

Felicitas Tesch und Gerd Eggers: Widerstand gegen die Zerstörung des Ethikfaches

In Berlin ist Religionsunterricht seit dem zweiten Weltkrieg freiwilliges Unterrichtsfach und wird durch das Land Berlin finanziell und organisatorisch gefördert. Die Kirchen waren lange Zeit mit dieser Regelung einverstanden, haben aber seit Mitte der 1980er Jahre und besonders seit 1990 immer wieder und mit Unterstützung besonders der CDU versucht, die bewährte Trennung von Schule und Kirchen abzuschaffen und evangelischen bzw. katholischen Religionsunterricht zu einem ordentlichen Lehrfach zu machen, benotet und versetzungsrelevant. Als Vehikel dafür soll das von ihnen propagierte Wahlpflichtmodell Ethik/Religion dienen.

INNOVATION DURCH SPD-
PARTEITAGSBESCHLUSS

Nach mehr als 15 Jahren kontroverser Debatten in Berlin um Religions- und Ethikunterricht hat im April 2005 ein Bildungsparteitag unserer Partei nach gründlicher innerparteilicher Debatte mit großer Mehrheit die Einführung eines gemeinsamen LER- bzw. Ethikunterrichts für alle Schülerinnen und Schüler der 7. - 10. Klassen beschlossen. Ein solcher gemeinsamer Unterricht wurde und wird gerade für unsere multikulturelle Stadt als zeitgemäß und wichtig erachtet.

Im Beschluss des Parteitages heißt es: „Eine zeitgemäße, wertebezogene Bildung erfordert gerade in der pluralen Metropole Berlin integrative Unterrichtsformen, bei denen Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher politischer und religiöser bzw. weltanschaulicher Auffassungen sich GEMEINSAM mit Fragen der Werteorientierung, mit unterschiedlichen Weltreligionen, Weltanschauungen und Lebensauffassungen beschäftigen und im Dialog lernen, eigene Vorstellungen weiterzuentwickeln, fremde Auffassungen und Lebensformen zu respektieren und zu verstehen.“

Der SPD-Parteitagbeschluss wurde als innovativ bewertet und fand deshalb breite gesellschaftliche Zustimmung - insbesondere bei der mitregierenden PDS, bei Bündnis 90/Die Grünen, der GEW, verschiedenen Fachverbänden von LER- bzw. Ethiklehrkräften, der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union und dem Humanistischen Verband, der in Berlin das weltanschauliche Fach Humanistische Lebenskunde anbietet. Das Schulgesetz wurde geändert und seit dem Schuljahr 2006/2007 wird Ethikunterricht, begin-



Felicitas Tesch, seit 2000 Mitglied des Abgeordnetenhauses, ist bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

nend in den 7. Klassen flächendeckend als Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt.

ALLGEMEINE WERTEBILDUNG
FÜR ALLE

Ein wichtiger Aspekt der Begründung des gemeinsamen Ethikunterrichts war die Tatsache, dass zwar an den Grundschulen etwa drei Viertel der Schülerinnen und Schüler den freiwilligen Religions- und Lebenskundeunterricht besuchen, nach Erreichen der Religionsmündigkeit aber nur noch ca. ein Viertel der Schüler an den Oberschulen an diesem Unterricht teilnehmen. Ein gemeinsames Unterrichtsfach zu

Wertefragen wurde auch deshalb für alle Schülerinnen und Schüler gefordert, weil bekenntnisgebundener Unterricht, z.B. zum Christentum oder Islam, einen allgemeinbildenden und religiös-weltanschaulich neutralen Unterricht zu Fragen der Ethik, zu Religionen, Kulturen und Weltanschauungen nicht ersetzen kann.

Das wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass es in einem Wahlpflichtbereich Ethik/Religion sehr wahrscheinlich wäre, dass viele muslimische Kinder und Jugendliche dauerhaft an einem islamischen Religionsunterricht teilnehmen würden. So würden sie keinerlei systematische Grundbildung zu abendländischer Ethik und Grundwerten unserer Verfassung und zu anderen Religionen und Weltanschauungen erhalten. Die Gefahr einer kulturellen Ghettoisierung würde wachsen. Gerade dieser wichtige Begründungszusammenhang im Sinne unseres Parteitagbeschlusses wurde durch das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung gewürdigt.

GROSSE RÜCKSICHTNAHME

Obwohl die Berliner SPD bzw. die Regierungskoalition in sehr behutsamer Weise den gemeinsamen Ethikunterricht erst ab Klasse 7 eingeführt und so Rücksicht auf den Religionsunterricht in der Grundschule genommen hat, setzten die Kirchen, die CDU und die FDP ihren Kampf gegen das Ethikfach fort. Nach dem Scheitern von

Fortsetzung Seite 6

Dialogkultur statt Parallelgesellschaften

Bundesverfassungsgerichtsurteil zum gemeinsamen Fach

Anfang 2007 hat das Bundesverfassungsgericht das Begehren einiger Eltern und Schüler zurückgewiesen, die eine Abmeldemöglichkeit vom Ethikunterricht wegen Teilnahme an einem evangelischen Religionsunterricht gerichtlich durchsetzen wollten.

In der Begründung der Entscheidung des Gerichts heißt es: „Der Ethikunterricht in seiner konkreten Ausgestaltung zielt [...] auf die Ausbildung einer dialogischen Gesprächskultur, in der Konsens angestrebt und Dissens akzeptiert und ausgehalten wird [...]. Dabei erfahren die Gesichtspunkte des Perspektivenwechsels, der unterschiedlichen Erfahrungswelten und der Empathie besondere Betonung [...]. Angestrebt wird mithin, dass

sich Schüler auch unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und Weltanschauung untereinander über Wertfragen austauschen. Angesichts dieser Unterrichtsziele durfte der Berliner Landesgesetzgeber im Ergebnis davon ausgehen, bei einer Separierung der Schüler nach der jeweiligen Glaubensrichtung und einem getrennt erteilten Religionsunterricht sowie einer Aufspaltung der Unterrichtsgegenstände auf verschiedene andere Fächer oder der Möglichkeit der Abmeldung von einem Ethikunterricht könne den verfolgten Anliegen im Lande Berlin möglicherweise nicht in gleicher Weise Rechnung getragen werden wie durch einen gemeinsamen Pflicht-Ethikunterricht.“

(Entscheidung vom 15.03.2007 - 1 BvR 2780/06)

Fortsetzung von Seite 5

Klagen und Verfassungsbeschwerden unterstützen sie die Initiative "Pro Reli", einen eingetragenen Verein unter Vorsitz eines verhinderten CDU-Kandidaten für das Abgeordnetenhaus. Diese startete Ende 2007 ein Volksbegehren und kündigt einen Volksentscheid an, der nach ihrem Willen zu einem Wahlpflichtbereich Ethik/Religion führen soll, verbunden mit der Aufhebung der Trennung von Schule und Kirchen. Sieht man sich die Argumente näher an (www.pro-reli.de), wird eine Sicht auf Schule und Bildung sehr deutlich: nur konfessionelle Interessen sind wirklich im Blick. Eine detaillierte Analyse dazu hat die Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union auf ihrer Website veröffentlicht (www.humanistische-union.de 'Themen' Staat / Religion / Weltanschauung)

**"PRO ETHIK": FÜR EINEN
GEMEINSAMEN UNTERRICHT**

In seiner Stellungnahme zum Volksbegehren gegen den gemeinsamen Ethikunterricht hat der Senat die große Bedeutung des Ethikfaches für die schulische Bildung in Berlin hervorgehoben und das Ansinnen von Pro Reli zurückgewiesen.

Unter anderem heißt es in der Vorlage an das Abgeordnetenhaus: "Es entspricht nach wie vor der Auffassung des Senats, dass die durch das Fach Ethik beabsichtigte Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I auf das Zusam-

menleben in einer säkularen Gesellschaft, in der viele Religionen und Weltanschauungen Formen eines friedlichen und fruchtbaren Zusammenlebens praktizieren müssen, in besonderer Weise dadurch begünstigt wurde, dass alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam an diesem Fach teilnehmen. Die aus der Wahlmöglichkeit resultierende Trennung der Schülerinnen und Schüler wäre dem wichtigen bildungs-

politischen und erzieherischen Anliegen, einen Raum für ein gemeinsames Gespräch über Grundlagen des Lebens und die Verständigung unter Andersdenkenden zu fördern, abträglich." (Drucksache 16/1135).

Bereits im Vorfeld der schulgesetzlichen Einführung des Ethikfaches hatte sich Ende 2005 das FORUM Gemeinsames Wertefach für Berlin unter Schirmherrschaft von Walter Momper gegründet. Dieses Forum, das durch einen Kreis von Bildungspolitikern der SPD, der Linkspartei, von Bündnis 90/Die Grünen und Vertretern der GEW und anderer Organisationen koordiniert wird, hat in den letzten Jahren eine Reihe konstruktiver Beiträge bzw. Vorschläge zur Ausgestaltung des Ethikfaches eingebracht und arbeitet derzeit daran, ein "Netzwerk ProEthik" zur Verteidigung des gemeinsamen Ethikunterrichts zu schaffen.

Dieses Netzwerk wird dafür Sorge tragen, dass in der Öffentlichkeit über die Bedeutung des innovativen Ethikfaches und die leichtgewichtigen Argumente seiner Gegner aufgeklärt wird. Das FORUM geht davon aus, dass aus dem Netzwerk zu einem geeigneten Zeitpunkt ein breites gesellschaftliches Bündnis wird, welches schließlich erreicht, dass "Pro Reli" im Volksentscheid scheitert, weil allgemeine Bildungsinteressen durch die Bevölkerung höher bewertet werden als konfessionalistische Sonderinteressen.

Dr. Felicitas Tesch und Gerd Eggers □

Termine

Dienstag, 20. Mai 2008 - 19.00 Uhr: Veranstaltung des FORUMs zum Thema "Pro Ethik: Respekt und Verständigung. 2 Jahre gemeinsamer Ethikunterricht in Berlin" u.a. mit einem Vortrag von Prof. Dr. Michael Bongardt (Freie Universität Berlin): "Miteinander sprechen lernen. Von ethischer Verpflichtung und religiös-weltanschaulicher Wahlfreiheit", Berichte aus der Praxis des Ethikunterrichts und bildungspolitische Stellungnahmen aus Parteien und Organisationen. Ort: GEW-Haus, Ahornstraße 5, 10787 Berlin-Schöneberg

Donnerstag, 22. Mai 2008: Debatte zum Volksbegehren von Pro Reli im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses,

Donnerstag, 29. Mai 2008: Plenardebatte im Abgeordnetenhaus zum Volksbegehren. Nähere Informationen: www.parlament-berlin.de □

Europa braucht soziale Grundrechte

Frank Zimmermann fordert Konsequenzen aus dem Urteil des EU-Gerichtshofs zum Vergabegesetz

Der Europäische Gerichtshof hat am 3. April 2008 die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen empfindlich eingeschränkt.

Das Gericht entschied in der Rechtssache Rüffert, dass gesetzlich festgelegte Tarifbindungen bei öffentlicher Auftragsvergabe dem EU-Recht widersprechen, wenn diese Tarife nicht allgemeinverbindlich sind. Das in dem Rechtsstreit angegriffene Vergabegesetz Niedersachsens sei mit der EU-Entscheidungslinie und mit der Dienstleistungsfreiheit in der EU unvereinbar.

Im Ergebnis bedeutet diese Entscheidung, dass es den Bundesländern europarechtlich verwehrt ist, Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern. Sollte es dabei bleiben, hätten tariftreue Unternehmen gegenüber Billiganbietern das Nachsehen. Diese Auslegung darf nicht künftige Vergabepaxis werden. Sie verkehrt Geist und Zielsetzung der Entsprechungslinie in ihr Gegenteil. Sie widerspricht zudem der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Das hat 2006 festgestellt, dass gesetzliche Tariftreuregelungen bei

öffentlichen Aufträgen "Gemeinwohlzielen von überragender Bedeutung" dienen.

Die Entscheidung der Luxemburger Richter wird nicht das letzte Wort in dieser Frage sein. Zu prüfen ist, inwieweit das EuGH-Urteil Auswirkungen auf die Tariftreue im Berliner Vergabegesetz hat. Der Senat muss natürlich darauf achten, dass seine Auftragsvergabe nicht reihenweise von unterlegenen Konkurrenten angegriffen wird. Deshalb sind Klarstellungen und Erweiterungen im Entsprechungsbereich geboten. Der EuGH hat klar zwischen örtlichen Tarifbindungen und allgemein verbindlichen Regelungen unterschieden. Ist also ein Mindestlohn - wie bereits für einige Branchen vorgeschrieben - bundesweit verbindlich, so kann die Auftragsvergabe an die Einhaltung dieses Mindestlohns geknüpft werden.

Im Zusammenhang mit weiteren Entscheidungen des EuGH zu Tariftreue und Streikrecht stellt das Urteil zum Vergaberecht einen ernstzunehmenden Angriff auf den Sozialstaat dar. In den Rechtssachen Viking und Laval stellte der EuGH 2007

fest, dass Arbeitskämpfe den Grundfreiheiten des EG-Vertrags wie etwa der Dienstleistungsfreiheit nicht zuwiderlaufen dürfen. Im Viking-Urteil wird formuliert, "dass die Ausübung der dort betroffenen Grundrechte, nämlich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Menschenwürde, nicht außerhalb des Anwendungsbereichs der Bestimmungen des Vertrags liegt und dass sie mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechen muss."

Dies hätte zur Folge, dass soziale Grundrechte wie die Koalitionsfreiheit eingeschränkt werden können, wenn und soweit die Grundfreiheiten des EG-Vertrags - z.B. die Freiheit des Kapitalverkehrs - dies erfordern. Dies dürfte weder mit dem Sozialstaatsprinzip noch mit dem Grundrechtsschutz des GG vereinbar sein und muss durch Änderungen im Europäischen Recht ausgeschlossen werden.

**Frank Zimmermann, MdA,
Sprecher für Europaangelegenheiten** □

Finanzen:

Das Gewicht der Bezirke wächst

Bezirksfinanzen: Das Zuweisungssystem in der Praxis

Wenn es um die Bezirke und ihre Finanzierung geht, dann fallen oft Stichworte wie Globalhaushalt oder Budgetierung. Für die Diskussion ist es wichtig, zu verstehen, was sich dahinter verbirgt, und wie das Zuweisungssystem in der Praxis eigentlich funktioniert.

Zunächst einmal zeigt ein Blick in die Zahlen: Die Berliner Bezirke haben Gewicht, nicht nur politisch, sondern auch finanziell. Jeder dritte Euro, den die Einheitsgemeinde ausgibt, kommt aus einem Bezirk, Tendenz steigend. Anders als Kommunen in Flächenländern finanzieren sich die Bezirke aber nicht aus den mal sinkenden, mal steigenden Gemeindesteuern, sondern ihre Finanzierung ist in der Berliner Verfassung geregelt. Dort wird jedem Bezirk "eine Globalsumme zur Erfüllung seiner Aufgaben im Rahmen des Haushaltsgesetzes" garantiert. Das aus dieser Verfassungsbestimmung abgeleitete Prinzip der Globalsummen steht auf zwei Säulen:

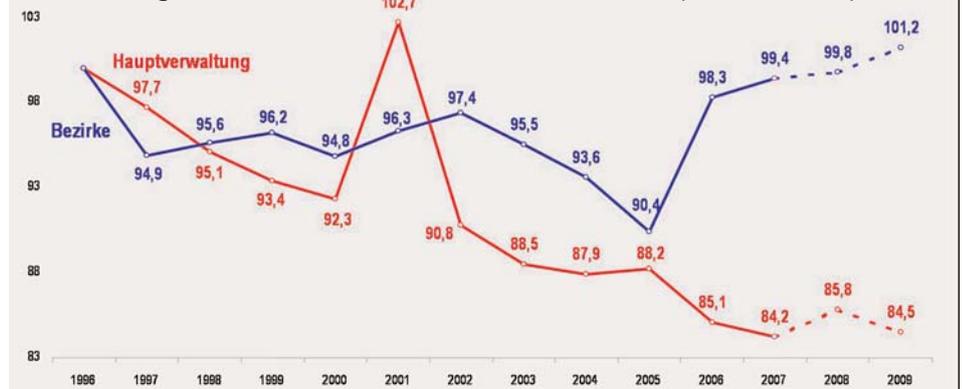
1. Eigenverantwortung bei der Haushaltsplanung und -wirtschaft. Die Bezirke erhalten zwar etwa 80 % ihres Mittelbedarfs vom Senat zugewiesen, in der Verwendung sind sie aber frei. Sie stellen eigene Haushaltsplanentwürfe auf, die nicht der Beschlussfassung durch den Senat unterliegen. Freiheit in der Veranschlagung bedeutet aber nicht völlige Verfügungsfreiheit, denn natürlich müssen die Bezirke mit den vorhandenen Mitteln gesetzliche Aufgaben und vertragliche Verpflichtungen erfüllen - gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern genauso wie gegenüber Vertragspartnern, Zuwendungsempfängern und dem eigenen Personal. Die Spielräume sind also zwangsläufig enger, als es der Begriff der Veranschlagungsfreiheit zunächst vermuten lässt.

2. Übertrag des Ergebnisses in den nächsten Haushaltsplan. Eigenverantwortung macht nur Sinn, wenn man auch die positiven oder negativen Folgen des eigenen Wirtschaftens selbst trägt. Das gewährleistet die Berliner Verfassung im Artikel 85 (1): "Zum Jahreschluss wird das erwirtschaftete Abschlussergebnis auf die Globalsumme für den nächsten aufzustellenden Bezirkshaushaltsplan vorgetragen." 2007 war für die Bezirke ein gutes Jahr, sie haben Überschüsse von rd. 42 Mio. € erwirtschaftet. Dieses Geld wird ihnen deshalb 2009 zusätzlich zu ihren sonstigen Mitteln zur Verfügung stehen.

PRODUKTBUGETIERUNG

Mit rund 80 % ist die Zuweisung aus

Primärausgaben im Berliner Landeshaushalt (1996 = 100)



Die unterschiedliche Entwicklung der Ausgaben von Hauptverwaltung und Bezirken. Stand Dezember 2007 (Index: 1996 = 100). 1996 bis 2006 Ist, 2007 vorauss. Ist, ab 2008 Soll bzw. Planung (inkl. Steuerreserven). 2001 einschließlich Kapitalzuführung an die Bankgesellschaft, 2005 bereinigt um EU-Beihilfeentscheidung zu Landesbanken, Sollwerte 2008/09 strukturbereinigt (insb. Versorgungsausgaben und Öffentliche Beleuchtung). 1996 bis 2007 nicht strukturbereinigt um Beträge aus Auf- und Abschichtungen z.B. ZVK/UVK, Verlagerung Hort an Schule, Kita-Übertragungen an Freie Träger (bis 2005), Neustrukturierung der Kita-Landschaft (ab 2006), Abschichtungen gem. 2. VerwRefGes, Einrichtung Ordnungsämter.

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen

Am 21. Juni befasst sich der SPD-Landesparteitag mit dem Verhältnis zwischen dem Land Berlin und seinen Bezirken. Ein wichtiger Bestandteil des Antrags behandelt die hier erläuterten Finanzzuweisungen.

dem Landeshaushalt die wichtigste Einnahme der Bezirke. Der mit Abstand größte Teil dieser Zuweisung wird nach dem Verfahren der "Produktbudgetierung" verteilt. Der Grundgedanke dieses Zuweisungsprinzips ist denkbar einfach: Jeder Bezirk muss für seine Bürgerinnen und Bürger Dienstleistungen erbringen: Schulplätze für Kinder, Gewerbebescheinigungen für den Kaufmann an der Ecke, Entleihungen in den Bezirksbibliotheken für die Leseratten, Reisepässe für die Weltenbummler. Rund 400 solcher Leistungen sind als "Produkte" definiert und katalogisiert. Jedes von einem Bezirk erstellte Produkt wird dabei in der Zuweisung mit einem bestimmten Betrag honoriert. So gibt es im Jahr 2008 für jede Unterrichtsstunde in der Volkshochschule 59,61 € und für jede Beratung eines Ratsuchenden in einem Bürgeramt 10,73 €. Das Produktbudget ist also die Summe der Preise, die ein Bezirk für alle von ihm erstellten und abgegebenen Leistungen erhält. Dieses Grundprinzip stellt sicher, dass ein Bezirk, der mehr leistet oder auf Grund seiner sozialstrukturellen Lage mehr leisten muss, auch eine höhere Zuweisung aus dem Landeshaushalt bekommt.

KOSTENRECHNUNG ALS GRUNDLAGE DER BUDGETS

Damit dieses Zuweisungsprinzip funktionieren kann, müssen auch die benötigten Informationen vorliegen. Bis vor zehn Jahren war es in Berlin unbekannt, wie viele Quadratmeter Grünfläche in welcher Intensität gepflegt werden, wie hoch die Kosten einer Baugenehmigung waren, oder wie oft sich hilfesuchende Eltern vom Jugendamt beraten ließen. Mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung hat sich dies geändert: In jedem Bezirk wird die Menge jedes Produktes erfasst und kostenmäßig bewertet. Diese Zahlen schaffen ein hohes Maß an Transparenz darüber, was welcher Bezirk zu welchen Kosten leistet.

Aufgabe der Budgetierung ist es, den Bedarf an Leistungen für die Zukunft abzuschätzen und auskömmlich zu finanzieren. Bei manchen Produkten gibt es hierfür fachliche Prognosen, beispielsweise bei der Entwicklung der Schülerzahlen. Bei anderen Produkten werden die Mengen danach geplant, welche Mengen zuletzt tatsächlich geleistet wurden (Istwerte).

PRODUKTBEZOGENER WERT AUSGLEICH

Die Mengenplanung ist aber auch ein Instrument für den sozialen Ausgleich zwischen den Bezirken, den die Berliner Verfassung in Artikel 85 Abs. 2 fordert. Hierfür

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

bieten sich solche Produkte an, die die "soziale Infrastruktur" eines Bezirks darstellen und deren Mengen von den Bezirken auch tatsächlich beeinflussbar sind: Volkshochschulkurse, Musikschulunterricht, Bibliotheksentlehnungen, aber auch die Intensität, mit der vorhandene Grünanlagen gepflegt werden. Für den sogenannten Wertausgleich wird ermittelt, für welche Zielgruppe diese Leistungen erbracht werden (z.B. Kinder von 6 bis 18 Jahren) und dann nach verschiedenen Indikatoren gewichtet. Dieses Verfahren führt dazu, dass Angehörige einer Zielgruppe in einem sozial benachteiligten Bezirk stärker ins Gewicht fallen als die aus einem besser gestellten Stadtteil. Bezirke, die nach dieser Berechnung besonders wenige Leistungen für ihre Einwohner anbieten konnten, bekommen im Verfahren des Wertausgleichs einen Zuschlag, der unter allen anderen Bezirken umgelegt wird.

Das Verfahren des auf Produkte bezogenen Wertausgleichs ist umstritten, weil es unübersichtlich geworden ist (mit unterschiedlichen Umverteilungsregeln für jedes einzelne, einbezogene Produkt). Darüber hinaus gibt es auch unterschiedliche Interessen von "Gebern" und "Nehmern". Die finanzielle Bedeutung ist dabei relativ gering: die Umverteilungswirkung betrug 2008 lediglich 6 Mio. €, also etwa ein Promille der Gesamtausgaben der Bezirke.

GLEICHER PREIS FÜR ALLE

Zur Klarstellung vorneweg: der Meridian (Längengrad null) geht durch Greenwich, für die Zuweisung ist nur der Median von Bedeutung. Er ist der mittlere Wert einer geordneten Zahlenreihe (vgl. Glossar). Aber der Reihe nach...

Der einheitliche Zuweisungspreis ist ein weiteres Kernelement der Budgetierung und soll der Gerechtigkeit dienen: Der Betrag, der für eine Produktmenge zugewiesen wird, ist für jeden Bezirk gleich. Damit ist gleichzeitig ein Anreiz für mehr Wirtschaftlichkeit verbunden: Bezirke, deren Kosten unterhalb des Preises liegen, haben Geld übrig und können es für andere

Zwecke verwenden. Ein Bezirk, der teurer ist, muss diese Differenz dagegen aus anderen Teilen seines Haushalts bereitstellen. Er wird deshalb ein Interesse daran haben, seine Kosten je Produkt ("Stückkosten") an die der übrigen Bezirke anzupassen.

Über die Frage, was ein gerechter Preis für ein Produkt ist, hat man sich bei der Einführung der Budgetierung viele Gedanken gemacht. Es sollte ein realistischer Wert sein, der einerseits gewährleistet, dass die jeweilige Aufgabe erfüllt wird, aber andererseits auch die Finanzierungsmöglichkeiten des Gesamthaushalts nicht überfordert. Der Realitätsnähe wegen sind Ausgangspunkt der Preisbildung die aktuellen Stückkosten. Darauf aufbauend wird der Medianwert festgestellt - weil dieses mathematische Verfahren Extremwerte ausblendet, eine gewisse Stabilität bei den Preisen erreicht und Manipulationen erschwert.

Nicht immer ist der Median auch der tatsächliche Zuweisungspreis, es gibt Ausnahmen: Ist der Median zum Beispiel so hoch, dass das Budget für ein Produkt höher ausfallen würde als die tatsächlichen Gesamtkosten, die es verursacht hat, wird der Median abgesenkt (sog. "Medianfaktor"). Damit soll verhindert werden, dass dieses Produkt zu viel Budget bindet, das an anderer Stelle fehlt. Ein weiteres Beispiel sind Leistungen, bei denen sich nach dem Inkrafttreten der Hartz-IV-Gesetzgebung die Fallzahlen drastisch reduziert haben (z.B. bei den Wohngeldbescheiden). Weil die Akten aus den Ämtern verschwanden, viele Bearbeiter dort aber blieben, explodierten im Folgejahr die Produktkosten. Die Finanzverwaltung hat daraufhin den Median auf die "normalen" Fallkosten abgesenkt, wie sie vor Hartz IV anfielen.

TEURE ODER BILLIGE IMMOBILIEN?

Alle Wirtschaftlichkeitsvergleiche zwischen den Bezirken und auch das Budgetierungsverfahren greifen auf Kosten zurück. Eine reine Ausgabenbetrachtung wäre keine faire Vergleichsgrundlage, weil sie etwa diejenigen Bezirke benachteiligen würde,

die in angemieteten Gebäuden tätig sind - oder die ihre Aufgaben eher mit Angestellten (für die die Rentenbeiträge sofort zu zahlen sind) und weniger mit Beamten (deren Pensionen erst später fällig werden) erledigen. Die Kostenrechnung bildet daher auch den laufenden Wertverlust der bezirkseigenen Immobilien sowie die zukünftigen Belastungen durch Pensionszahlungen als "kalkulatorische Kosten" ab.

Wenn bei der Bildung des Budgets die Zuweisungspreise kalkuliert werden, werden diese kalkulatorischen Kosten immer einbezogen. Erst in einem zweiten Schritt werden bei jedem Bezirk die kalkulatorischen Kostenbestandteile abgezogen, denn sie sind ja "budgetunwirksam", führen also nicht zu aktuellen Ausgaben. Übrig bleibt dann das Budget, das tatsächlich für Ausgaben benötigt und im Haushalt veranschlagt wird. Sind die budgetunwirksamen Kosten gering, steigt die Zuweisung und umgekehrt.

Neben der Gleichbehandlung aller unterschiedlichen Arten der Aufgabenerfüllung in den Bezirken verfolgt das Budgetierungsverfahren damit auch das Ziel, einen Anreiz für einen wirtschaftlichen Umgang mit dem Immobilienvermögen Berlins zu setzen.

ZUWEISUNG OHNE PLAFOND?

Als Plafond bezeichnet das Fremdwörterlexikon eine (niedrige) Zimmerdecke. Das Bild lässt sich in die Welt der bezirklichen Finanzen übertragen: Hier versteht man darunter ein Budget, das "die oberste Grenze" darstellt und demzufolge nicht überschritten werden darf. Eine Budgetierung, die "nach oben offen" ist, kann es in einem System verantwortlicher Finanzpolitik nicht geben. Der Bezirksplafond, also die insgesamt aus einem Haushalt für die Bezirkszuweisungen bereitgestellten Mittel, ist das Ergebnis einer politisch abgestimmten Bedarfsermittlung und ihrem Abgleich mit den Einnahme- und Finanzierungsmöglichkeiten des Haushalts insgesamt. Die Plafondfestlegung ist die zentrale finanzpolitische Entscheidung im Rahmen

Fortsetzung Seite 10

Basiskorrektur. Korrekturen der Zuweisungswerte nach Ablauf des Haushaltsjahres, wenn sich Grundannahmen für die Finanzzuweisung wesentlich verändert haben (Rechtsänderungen, Aufgabenverlagerungen, Fallzahlentwicklungen u.ä.).

Bezirksplafond. Gesamtsumme der Finanzmittel, die im Rahmen der Zuweisung auf die Berliner Bezirke verteilt werden. Der Bezirksplafond setzt sich aus folgenden Teilplafonds zusammen: Personal, sächliche Verwaltungsausgaben, Transferausgaben, Investitionsausgaben, Einnahmevergabung.

Budgetunwirksame Kosten. Hierunter versteht man Kosten, die nicht mit Zahlungen aus dem

Finanz-Glossar

Haushaltsplan verbunden sind. Sie entstehen insbesondere durch die Nutzung landeseigener Immobilien (kalkulatorische Gebäudekosten) und durch den Einsatz verbeamteter Mitarbeiter (kalkulatorische Versorgungsrücklage). Weil sie nicht zahlungswirksam sind, dürfen budgetunwirksame Kosten den Bezirken mit der Globalsumme nicht zugewiesen werden. Sie werden daher bei der Bildung der Produktbudgets vorweg abgezogen.

Isoliertes Jahresergebnis. Saldo aus erzielten Einnahmen und geleisteten Ausgaben eines Jahres

ohne Berücksichtigung von Ergebnisvorträgen (Überschüsse/ Defizite) aus Vorjahren.

Median. Der Median ist ein statistischer Durchschnittswert, und zwar der mittlere Wert einer sortierten Zahlenreihe, bei einer geraden Anzahl von Werten das arithmetische Mittel zwischen den beiden mittleren Werten. Bei 13 Werten ist der Medianwert also der siebte Wert, bei zwölf Werten der Mittelwert zwischen den Werten sechs und sieben. Im Rahmen der Produktbudgetierung wird der Median der Stückkosten standardmäßig zur Festlegung des Zuweisungspreises genutzt.

Medianfaktor. Sofern es in bestimmten Situationen erforderlich ist, kann bei der

Bezirksfinanzen:

Gerechter, transparenter, verlässlicher

Iris Spranger: Leitantrag stärkt politische Verantwortlichkeit der Bezirke

Der Leitantrag des Landesvorstandes zum Landesparteitag verfolgt das Ziel, die politische Verantwortlichkeit in den Bezirken zu stärken und die Fähigkeit zu inhaltlichen Schwerpunktsetzungen zu erhöhen. Dieses nur in Bezug auf das Wahlsystem und die Organstruktur zu fordern, wäre zu kurz gedacht; starke Bezirke brauchen auch ein Finanzsystem, in dem sie als Träger politischer Eigenverantwortung im Verhältnis zum Land fair behandelt werden und das ihnen klare und nachvollziehbare Rahmenbedingungen für ihr Handeln bietet.

Der Leitantrag des Landesvorstandes sieht vor diesem Hintergrund wichtige Veränderungen beim bestehenden Zuweisungsverfahren vor. Diese Veränderungen wurden im Vorfeld in einer Arbeitsgruppe mit Genossinnen und Genossen aus den Bezirken, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat unter Leitung von Michael Müller ausführlich diskutiert und dem Landesvorstand zugearbeitet.

Das sind die wichtigsten Punkte des Leitantrages:

1. Der Plafond, also der Anteil des Gesamthaushaltes, der den Bezirken zugewiesen wird, soll durch einen auch für die Bezirke transparenten politischen Prozess bestimmt werden. Die Rolle des Abgeordnetenhauses, das den Plafond beschließt, soll hierbei gestärkt, die Einflussnahmemöglichkeit der Bezirke verbessert werden.

2. Wer eine Leistung bestellt, muss diese bezahlen. Das Konnexitätsprinzip, nach dem das Geld der Aufgabe folgt, soll zukünftig uneingeschränkt gelten. Für die Bezirke bedeutet das mehr Sicherheit: Beschließen Senat oder Abgeordnetenhaus neue Aufgaben oder ändern bestehende, dann müssen die Folgen für die Kosten abgeschätzt und ausgeglichen werden.

3. Die für Sonderprogramme beim Senat



Staatssekretärin Iris Spranger erläutert, wie die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Bezirken zukünftig gestaltet werden sollen.

Foto: privat

veranschlagten Mittel sollen direkt den Bezirken zugewiesen werden. Die Steuerungsinteressen des Landes müssen dann über Verwendungsvorgaben und Rechenschaftspflichten abgesichert werden.

4. Bei dem Verfahren des Wertausgleichs sind die einzelnen Berechnungsschritte und ihre sich überlagernden Wirkungen auf die Gesamtzuweisung kaum mehr nachvollziehbar, darunter leidet auch seine Akzeptanz. Es muss deshalb vereinfacht und für alle Leistungen der sozialen Infrastruktur standardisiert werden. Beim Wertausgleich geht es gerade nicht um die Berücksichtigung einer Vielzahl fachspezifischer Einzelbelange, sondern um einen von der Verfassung gewollten Ausgleichsanspruch der sozial benachteiligten Bezirke. Der Wertausgleich soll deshalb ausgeweitet, vereinfacht und in seiner Wirkung für jedermann transparent und nachvollziehbar gestaltet werden.

5. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Abschaffung der "budgetunwirksamen Kosten". Die Transparenz des Verfahrens wird

erheblich verbessert, wenn Zuweisung und Haushalt von den gleichen Rechengrößen ausgehen. Deshalb sollen die zwar in der Kostenrechnung, nicht aber in der Kameralistik sichtbaren kalkulatorischen Kosten für Gebäude und die zukünftigen Pensionsverpflichtungen der aktiven Beamten durch echte, im Bezirksplan nachzuweisende Zahlungen ersetzt werden. Dieses Geld müssen die Bezirke natürlich nicht zusätzlich finanzieren, da in gleicher Höhe die Zuweisung erhöht wird. Die Vorteile: Die Kosten für die Nutzung der landeseigenen Immobilien können im Haushaltsplan abgelesen und damit vom Bezirksamt und der BVV auch besser gesteuert werden. Entstehen Einsparungen durch die Aufgabe nicht mehr benötigter Flächen, werden die Mittel sofort für andere Zwecke frei. Komplizierte Rechenwege, mit denen bisher die budgetunwirksamen Kosten vom Zuweisungspreis abgezogen werden, können dann entfallen.

Ziel des Antrags ist die Stärkung der Bezirke. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er dabei nicht die Perspektive des Gesamthaushalts und der Einheitsgemeinde Berlin ausblendet. Denn mit der Forderung nach mehr Geld ist es nicht getan: Wir haben noch große Anstrengungen bei der Bewältigung des gigantischen Schuldenbergs vor uns, der auf Berlin lastet. Das kurze Aufatmen durch die momentan hohen Steuereinnahmen wird nicht ewig andauern, die nächsten Herausforderungen sind absehbar, etwa der Wegfall der heute noch zwei Milliarden Euro Solidarpaktmittel. Deshalb bleibt die Haushaltskonsolidierung im Interesse der Zukunftsfähigkeit Berlins eines der wichtigsten Politikziele. Daran müssen Land und Bezirke mitwirken, auf gleicher Augenhöhe und mit der gemeinsamen Bereitschaft, sowohl die Lasten zu tragen als auch die Zukunft mitzugestalten.

Iris Spranger □

Ermittlung des Produktbudgets ein Zuweisungspreis angesetzt werden, der vom Stückkosten-Median abweicht. Mathematisch wird dies durch den sog. "Medianfaktor" umgesetzt. Zur Anwendung kommt diese Methode insbesondere dann, wenn Einsparungen gegenüber den bisherigen Ist-Kosten prognostiziert werden (z.B. durch Personal-Fluktuation), und dies bei der Bildung des Bezirksplafonds ebenfalls berücksichtigt wurde.

Normierung. Für den Fall, dass das ermittelte Produktsummenbudget vom vorgegebenen Plafond abweicht, wird es mittels dieses mathematischen Verfahrens an den Plafond angepasst.

Planmengen. Unter Planmenge ist die Menge zu verstehen, die bei der Ermittlung des Produktbudgets zugrunde gelegt wird. Bei Ansatz der Planmenge kann dabei auf die aktuellste Ist-Menge, eine prognostizierte Menge oder eine unter Wertausgleichs Gesichtspunkten ermittelte Menge (sog. Wertausgleichsmenge) zurückgegriffen werden.

Produkt. Ein Produkt ist eine abgeschlossene Leistung der Berliner Verwaltung. Die erbrachte Anzahl dieser Verwaltungsleistungen sowie die damit verbundenen Stückkosten bilden die Grundlage für die Budgetberechnung.

Produktbudget. Ein Produktbudget entsteht aus der Multiplikation des Zuweisungspreises (Median

abzüglich der budgetunwirksamen Kosten) mit der Planmenge für dieses Produkt. Die Summe aller Produktbudgets bildet das Produktsummenbudget.

Zuweisungspreis. Es handelt sich um einen der beiden Faktoren bei der Berechnung von Produktbudgets. Für jedes Produkt wird ein einheitlicher Zuweisungspreis bestimmt; standardmäßig wird dabei auf den Median der Stückkosten zurückgegriffen. Sofern es in bestimmten Situationen erforderlich ist (z.B. zur Berücksichtigung von zentral veranlassten Kostenveränderungen), kann aber auch ein vom Median abweichender Zuweisungspreis angesetzt werden.

T.P. □

Fortsetzung von Seite 8

einer Haushaltsplanaufstellung. Die Ermittlung des Plafonds in einem fachlich-politischen Verfahren und die mathematisch errechneten Produktbudgets führen zu unterschiedlichen Beträgen. Abgesehen von einer Ausnahme lagen die Produktbudgets dabei regelmäßig höher als der Plafond. Das hat mehrere Gründe:

Die Produktbudgetierung basiert auf den in den Bezirken erstellten Mengen und den dafür aufgewendeten Kosten. Aber nicht alle Produktmengen und -kosten werden aus der Zuweisung finanziert: Die Bezirke haben eigene Einnahmen (z.B. aus der Vermietung von Fachvermögen), verwenden ihre Ergebnisvorträge aus Vorjahren oder beschäftigten Personal, das vom zentralen Stellenpool finanziert wird aber gleichwohl

in die Produktkosten eingeht. Wäre das Produktbudget nicht durch den Plafond begrenzt, würde das Land Jahr für Jahr in einer "Spirale nach Oben" immer höhere Beträge an die Bezirke zuweisen, ohne dass dies in der Sache gerechtfertigt wäre (weil die Bezirke auch im neuen Jahr Ressourcen außerhalb der Zuweisung finanzieren können). Eine solche unsachgemäße Finanzierung hätte erhebliche Folgen für die Finanzpolitik und den Gesamthaushalt.

Deshalb wird es auch in Zukunft erforderlich sein, das errechnete Produktbudget mit dem Wert des festgelegten Plafonds in Übereinstimmung zu bringen - durch eine pauschale Anpassung, die so genannte Normierung.

Die Selbstverwaltung der Bezirke und eine gesamtstädtische Steuerung sind glei-

chermaßen berechtigte Anliegen der Einheitsgemeinde. Die bestehenden Sonderprogramme stellen eine Möglichkeit für Senat und Abgeordnetenhaus dar, koordinierend und lenkend auf bestimmte Politikfelder Einfluss zu nehmen, für die in der Umsetzung die Bezirke zuständig sind. Ein prominentes Beispiel dafür ist das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm. Seit Jahren stellt das Abgeordnetenhaus hierfür zusätzliche Mittel in den Haushalt des Senats ein, die außerhalb der Globalzuweisung und des Plafonds bezirksübergreifend für die Instandsetzung bezirklicher Schulen und Sportstätten eingesetzt werden. Auf diese Weise stellt es sicher, dass die Mittel so verwendet werden, wie es der gesamtstädtischen Zielsetzung entspricht.

TP

Girls'Day:

Spannende Einblicke

90 Schülerinnen informierten sich bei der Berliner SPD

Über 90 Schülerinnen im Alter von 12 bis 17 konnten beim diesjährigen Girls' Day am 24. April bei der Berliner SPD das Berufsfeld Politik kennen lernen. Mehr als 40 sozialdemokratische PolitikerInnen der kommunalen, der Landes- und Bundesebene ermöglichten den Mädchen unter dem Motto "Mädchen machen Politik" einen Einblick in ihren politischen Berufsalltag.

Bei einem gemeinsamen Kennenlernfrühstück trafen sich die Mädchen und ihre MentorInnen und es wurden erste Fragen zum Berufsalltag von PolitikerInnen gestellt. Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses begrüßte die Berliner Schülerinnen am Morgen und freute sich über das rege Interesse an der Berliner SPD. Auch Franziska Drohsel sprach als Bundesvorsitzende der Jusos zu den Mädchen, stellte die Arbeit der Jugendorganisation vor und lud die Schülerinnen zur Mitarbeit ein.

Dann fuhren die Mädchen mit den PolitikerInnen zu den jeweiligen Arbeitsplätzen. So lernten vier Mädchen die Arbeit der Bezirksstadträte Martin Matz und Daniela Kleineidam in Spandau kennen, bekamen eine Vorstellung von deren politischer Arbeit und konnten alle ihre Fragen stellen. Auch der Regierende Bürgermeister, der an diesem Tag den tschechischen Präsidenten empfing, lud zwei Mädchen ins Rote Rathaus ein, so dass hier sogar ein Staatsempfang miterlebt werden konnte.

Im Abgeordnetenhaus war Zeit um zum Beispiel der Abgeordneten Ellen Hausdörfer bei ihrer Arbeit als stadtentwicklungspolitische Sprecherin über die Schulter zu schauen und zu erfahren, wie kreativ Politik sein kann und muss.



Über 90 Schülerinnen der Klassenstufen 7 bis 13 konnten beim diesjährigen Girls' Day am 24. April bei der Berliner SPD das Berufsfeld Politik kennen lernen.



Frühstück in den Osramhöfen: Wolfgang Thierse stand ebenso beim Girls' Day Rede und Antwort wie viele andere Berliner Abgeordnete.

Fotos Frenzel

Mittags kamen alle Mädchen im Abgeordnetenhaus zusammen, wo sie an einer spannenden Plenarsitzung teilnahmen, die ganz im Zeichen des ersten Berliner Volksentscheides stand. Abgerundet wurde der politische Mentoringtag im Fraktionssaal der SPD, wo unter Leitung der ASF-Vorsitzenden Eva Högl das spannende Wissensquiz aufgelöst wurde und unter anderem der Hauptpreis einer Bildungsfahrt zum Europäischen Parlament verlost wurde.

Hanna Keding

Stadtentwicklung:

30 Millionen für die Zukunft der Stadtteile

Mit dem Berliner Stadtumbauprogramm 2008 werden jetzt zahlreiche Projekte in den Berliner Bezirken gefördert. Dafür stehen 30 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Fördermittel sind Teil der „Zukunftsinitiative Stadtteil“, mit der die Senatsverwaltung die Folgen des wirtschaftlichen und demografischen Wandels für strukturell benachteiligte Stadtgebiete ausgleichen möchte. Senatorin Ingeborg Junge-Reyer: „Eine ausgewogene Entwicklung aller städtischen Quartiere ist in einer Metropole wie Berlin grundlegend für den sozialen und ökonomischen Frieden.“

In den Stadtumbau West fließen 15 Millionen € für fünf Gebiete und in den Stadtumbau Ost 15,5 Millionen € für sieben Gebiete. Zu den geförderten Projekten gehören neben anderen die Aufwertung und Neugestaltung des Spektegrünzuges und der Umbau des Klubhauses für die Bibliothek im Spandauer Falkenhagener Feld sowie die Umgestaltung der Lohmühlensinsel, die denkmalgerechte Instandsetzung der Kaianlage Gröbenufer und die Schaffung eines Uferwanderweges aus Wegen und Stegen entlang der Spree in Friedrichshain-Kreuzberg. Auch im Gebiet Marzahn-Hellersdorf fließen Fördergelder in verschiedene Projekte. So beispielsweise in den Umbau der Schule Eisenacher Straße zum „Haus des Sports“, in den Neubau einer Schulsportanlage an der Alten Hellersdorfer Straße und eines öffentlichen Quartiersplatzes in der Franz-Stenzer-Straße. Im Ostkreuz ist eine Sanierung der Dathe-Oberschule, einschließlich der Schulsporthalle und die Herstellung von Gehwegen zwischen Nöldnerplatz und dem Sportplatz Fischerstraße vorgesehen. Ein Teil der Mittel wird später vergeben.

PM

Wahlen, Wahlen, Wahlen

Ergebnisse aus Kreisen und Arbeitsgemeinschaften

Am 21. Juni findet der Landespartei-tag der Berliner SPD mit den Wahlen des Landesvorstands statt. Die Wahlen in den Kreisen nähern sich inzwischen dem Abschluss.

Alexander Götz ist der alte und neue Kreisvorsitzende der **SPD Pankow** (Nord-Ost). Die Kreisdelegiertenversammlung am 26. April bestätigte ihn mit deutlichem Votum in seinem Amt. Ebenfalls wurden Sandra Scheeres, MdB, als stellvertretende Kreisvorsitzende sowie Nancy Ehlert als Schriftführerin und Arno Blanke als Kassierer in ihren Ämtern bestätigt. Neu im geschäftsführenden Kreisvorstand ist Ronald Rüdiger, der sich erstmals der Wahl zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden stellte.

In **Steglitz-Zehlendorf** hat sich der alte und neue Kreisvorsitzende Dr. Michael Arndt mit 78 Stimmen gegen Jochen Guhlke (33 Stimmen) deutlich durchgesetzt. Als stellvertretende Kreisvorsitzende wurden die stellvertretende Landesvorsitzende Barbara Loth, die Steglitz-Zehlendorfer ASF-Vorsitzende Eveline Neumann sowie der ehemalige Vorsitzende der Jungsozialisten Rupert Stüwe gewählt. Kreiskassierer wurde Jan Kellermann, Dr. Ina Czyborra wurde in ihrem Amt als Kreisschriftführerin deutlich bestätigt. Die SPD in Steglitz-Zehlendorf zeige sich gut gerüstet für die politischen Herausforderungen im Bezirk, so der Kreisvorsitzende Dr. Arndt.

Die 38jährige Juristin Dr. Eva Högl ist erneut zur Vorsitzenden der Berliner **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)** gewählt worden. Die ASF vertritt die Interessen von Frauen auf allen politischen Ebenen und in der Gesellschaft. Ihre Stellvertreterinnen sind Canan Bayram, Ulla Büntjen, Dr. Elke Polack-Buanga, Carmen Regin und Barbara Scheffer.

Im 1. Wahlgang haben die 81 Delegierten der 12 **Berliner Juso**-Kreise am 18. April Anne Knauf mit 56,58 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen zur Nachfolgerin von Franziska Drohsel als Berliner Juso-Landesvorsitzende gewählt. Anne Knauf setzte sich dabei gegen Sven Heinemann durch, der nach dem Rückzug von Felix Frenzel als einziger Gegenkandidat angetreten war. Anne Knauf stammt aus dem Kreis Pankow und gehörte bereits dem letzten Berliner Landesvorstand an, in dem sie als Vertreterin der Juso-Hochschulgruppen kooptiert war. Das Leitbild der Berliner Jusos für die nächsten zwei Jahre lautet: Soziale Fragen - soziale Antworten. Für ein solidarisches Berlin.

Die SPD **Treptow-Köpenick** hat am 26. April einen neuen Kreisvorstand gewählt. Der ehemalige Bezirksbürgermeister Dr.



Anne Knauf (l.) ist neue Juso-Landesvorsitzende, Eva Högl bleibt ASF-Vorsitzende. Fotos: privat

Klaus Ulbricht wurde als Kreisvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Als Stellvertreter wurden die Abgeordneten Renate Harant, Ellen Haußdörfer und Andy Jauch gewählt. Der Kassierer Jürgen Radebold und der Schriftführer Peter Durinke wurden ebenso in ihren Ämtern bestätigt. Dem Vorstand gehören weitere 27 Mitglieder an.

In **Tempelhof-Schöneberg** ist die Kreisvorsitzende Dilek Kolat mit 97 zu 19 Stimmen im Amt bestätigt worden. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Stefan Böltes, Angelika Schöttler und Ingo Siebert gewählt. Einstimmig wurde der langjährige Kassierer Hans Nickel in seinem Amt bestätigt, Schriftführerin bleibt Melanie Kühnemann.

Bei den Vorstandswahlen in **Reinickendorf** ist Peter Senfleben mit 80,1 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt als Kreisvorsitzender bestätigt worden. Stellvertreter bleiben Jörg Stroedter (75,3 Prozent Ja-Stimmen) und Anja Hertel (95,1 Prozent). Neu im geschäftsführenden Kreisvorstand ist Andreas Höhne als Kassierer (94 Prozent Zustimmung). Michael Elze wurde als Schriftführer wiedergewählt (93,3 Prozent Ja-Stimmen).

Die **Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)** hat einen neu gewählten Landesvorstand und will das Gewicht des Themas Gesundheitspolitik innerhalb der SPD Berlin stärken. Auf der Jahreshauptversammlung der ASG am 29. April 2008 im Kurt-Schumacher-Haus wurde Martin Matz neuer Vorsitzender. Sein Vorgänger Dr. Heinz Stapf-Finé bleibt als stellvertretender Vorsitzender im neuen Vorstand, weitere stellvertretende Vorsitzende wurde Silvia Klein aus der Charlottenburger SPD, als Schriftführerin gehört Antje Schwinger dem engeren Vorstand an. Weitere Vorstandsmitglieder sind u. a. die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert und die gesundheitspolitische Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion Stefanie Winde. **BS □**

FRAKTION INTERN

Michael Müller verurteilt Anschläge auf Jüdischen Friedhof. Am Dienstag und am Mittwoch wurde der Jüdische Friedhof in Weißensee geschändet. Dabei wurden Grabsteine und Begrenzungsstelen umgeworfen, Gräber geschändet. Michael Müller verurteilt diese Schändungen aufs Schärfste. „Diese Taten sind widerlich. Der Dreistigkeit dieser antisemitischen Schänder muss entschieden entgegengetreten werden.“ Der 1880 eingeweihte Jüdische Friedhof in Weißensee ist ein nationales Kulturdenkmal und ein bedeutendes Zeugnis deutsch-jüdischer Geschichte. „Taten wie diese fordern die gesamte Gesellschaft heraus. Die Verbrechen müssen schnell aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Berlin wird sich das nicht gefallen lassen“, so Michael Müller. Dabei sei die gesamte Gesellschaft gefordert.

Neue Wege in der Lehre. Zu einem öffentlichen Fachgespräch hatte die SPD-Fraktion am 15. April Vertreter der Berliner Hochschulen eingeladen. Ziel war der Erfahrungsaustausch der Präsidenten, Vizepräsidenten und Rektoren mit Politikern und Öffentlichkeit über die Evaluation der Lehre. In dem von der wissenschaftspolitischen Sprecherin Jutta Koch-Unterseher moderierten Fachgespräch wurde deutlich, dass an allen öffentlichen Hochschulen erfolgreiche Konzepte für die Qualitätsverbesserung eingeleitet wurden, es allerdings insbesondere im Bereich der Verarbeitung der Ergebnisse von Befragungen der Studierenden noch Defizite gibt. Uneinheitlich ist vor allem die Reaktion der Dozentinnen und Dozenten auf Evaluationsergebnisse sowie deren Veröffentlichungspraxis. Die Hochschulen haben mit ihren Bemühungen auch Neuland betreten. Beispielhaft sei hier nur die Freie Universität genannt, zu deren Evaluationskonzept auch die Befragung von Studienabbrechern und Exmatrikulierten gehört.

Die Ergebnisse des Gesprächs sollen Grundlage einer weiteren öffentlichen Veranstaltung in der zweiten Jahreshälfte sein. Dort soll ermittelt werden, was die Politik unternehmen muss, um die Bedingungen für Gute Lehre zu verbessern.

Vorgemerkt: Tag der offenen Tür. Am 7. Juni von 11 bis 18 Uhr findet der diesjährige Tag der offenen Tür des Berliner Abgeordnetenhauses statt. Traditionell wird der Tag gemeinsam mit dem Bundesrat gefeiert, so dass die Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit haben, auch die angrenzende Länderkammer zu besichtigen.

➔ Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, mehr Infos unter: www.parlament-berlin.de **TM □**

Außenpolitik:

Eine neue Russland-Politik?

Ditmar Staffelt über den Präsidentenwechsel und die Folgen

So eindeutig wie das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom März ist der künftige Kurs des neuen russischen Präsidenten nicht. Am 7. Mai wird Dmitri Medwedew ins Präsidentenamt eingeführt und damit dem scheidenden Wladimir Putin nachfolgen. Niemand weiß so recht, welche Richtung Medwedew in der Innen- und Außenpolitik einschlagen wird. Gleichzeitig diskutiert der Westen, wie er mit einem emanzipierten Russland künftig umgehen soll.

Viele erwarten vom neuen Präsidenten keine signifikanten Änderungen in der Ausgestaltung der bisherigen putinschen Agenda. Schließlich habe Putin seinen Nachfolger selbst vorgeschlagen. Medwedew als Marionette des neuen russischen Premiers? Putin bekräftigt: Unter Medwedew werde der Staat den Kurs der vergangenen acht Jahre fortsetzen. Doch dieser betonte in Interviews den hohen Stellenwert westlicher Werte wie Menschenrechte, Pressefreiheit, eine starke Zivilgesellschaft, ein unabhängiges Justizwesen oder Wettbewerb in der Wirtschafts- und Parteienlandschaft. Auch Aussagen über die Beziehungen zum Westen weisen in eine andere Richtung - offen gegenüber Europa und den USA. Den Begriff der "souveränen Demokratie" lehnt Medwedew ab. Deuten nun vor der Amtsübergabe doch alle Vorzeichen auf einen Wandel in Russland hin?

WANDEL NICHT ERKENNBAR

Mitnichten, wie auch der russische EU-Botschafter erklärt. Der neue Präsident werde zwar die russische Außenpolitik bestimmen, sich dabei aber auf Vorschläge der Regierung stützen, an deren Spitze voraussichtlich Putin treten wird. Dieser sicherte sich im April noch den Vorsitz über "Einiges Russland", der Partei mit nahezu Zweidrittelstärke in der Duma und versucht so, einen drohenden Machtverlust zu kompensieren. Die bisher vom Kreml gesteuerte Partei ist nun ihm unterstellt, die Gesetzgebung durch die Duma scheint problemlos.

Auch wenn das Präsidentenamt die dominierende Position im schwer zu durchschauenden russischen Führungsapparat darstellt, wird Putin möglicherweise auch nach dem 7. Mai einflussreich auf die Politik Russlands einwirken.

Wie sollte nun Deutschland, wie kann die EU künftig mit Russland umgehen? Deutschland hat als EU-Ratspräsident im



Russlands neuer Präsident Medwedew tritt am 7. Mai sein Amt an.



Kooperation und Vertrauen in der Tradition Willy Brandts sind wichtige Merkmale der deutschen Außenpolitik, so der Neuköllner SPD-Bundestagsabgeordnete Ditmar Staffelt in seiner Analyse.

letzten Jahr eine Strategie entworfen und die Weichen für eine neue "europäische Ostpolitik" gestellt.

IN DER TRADITION WILLY BRANDTS

Neben neuen Impulsen bei der Europäischen Nachbarschaftspolitik und einer Initiative für eine neue Zentralasienstrategie steht insbesondere die Verflechtung Russlands in die europäischen Strukturen im Mittelpunkt. Kooperation und Vertrauen in der Tradition der Ostpolitik Willy Brandts sind dabei zentrale Elemente. Der Erfolg dieses Weges hängt eng damit zusammen, inwiefern Medwedew aktiv einen neuen Kurs wählen wird und überhaupt kann.

Dass diese Art der Zusammenarbeit unerlässlich ist, wird deutlich, wenn man die wirtschaftliche Interaktion der EU mit Russland betrachtet. Schon heute wird die Hälfte des russischen Handels mit der EU realisiert.

Dabei gehen 80 Prozent der Energieexporte in die EU. Mehr als drei Viertel der ausländischen Investitionen in Russland stammen von dort. Diese Interdependenz

liefert Chancen für beide Seiten. Wir brauchen Russland in der gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität, für eine Agenda über globale Fragen. Im Hinblick auf Klimaschutz, Energiesicherheit, Rüstungskontrolle, die Lösung regionaler Konflikte oder die Bekämpfung des internationalen Terrorismus bleibt Moskau ein unverzichtbarer strategischer Partner.

RUSSLAND BRAUCHT EUROPA

Ebenso wie wir Russland brauchen, braucht Russland aber auch uns. Enorme Modernisierungsanstrengungen in Infrastruktur und ein gewaltiger Bedarf an Investitionen sind erforderlich. Daneben existieren weitere grundlegende Probleme in Russland wie eine große Rohstoffexportabhängigkeit, die Gefahr der Deindustrialisierung oder die drohende demographische Katastrophe.

Bei diesen Aufgaben kann und muss die EU als Partner Russlands auftreten und darf dabei nicht ihre Werte und Standards vergessen. Medwedew scheint die Notwendigkeit der Modernisierung erkannt zu haben.

Streitigkeiten einzelner EU-Staaten mit Russland sollten beigelegt werden, damit vor Beginn des EU-Russland-Gipfels Ende Juni die Weichen für die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen gestellt werden können. Fragen wie die NATO-Osterweiterung oder die Debatte über das Raketenabwehrsystem können nur in Konsultation mit Moskau gelöst werden.

„GEMEINSAMER RAUM DES FRIEDENS“

Die neue Ostpolitik Deutschlands und der EU kann jedoch gleichzeitig nur in Zusammenarbeit mit den USA erfolgreich sein. So wird es möglich, einen "gemeinsamen Raum des Friedens und Wohlstands von Vancouver bis nach Wladiwostok" (Außenminister Steinmeier) zu verwirklichen.

Gleichzeitig wird vieles davon abhängen, wie ernst Medwedew seine Ankündigungen meint, und inwieweit sich Russland den westlichen Werten öffnet. Als Präsidenten steht Medwedew künftig die Gestaltungshoheit der russischen Politik zu. Wir werden sehen, ob wir den neuen russischen Präsidenten beim Wort nehmen können. Eine Chance dafür sollte er bekommen.

Dr. Ditmar Staffelt □

Europa:

Stärkung für das soziale Europa

Mark Rackles: EU-Reformvertrag eröffnet Chancen, die genutzt werden müssen

Keine guten Zeiten für sozialdemokratische Europa-Freunde in Berlin: Erst legt sich der Koalitionspartner schon sehr früh und recht pauschal auf eine Ablehnung des EU-Reformvertrags fest, dann formiert sich Widerstand im Arbeitnehmerflügel der Partei (AfA-Bundeskonferenz forderte vor wenigen Tagen zur Ablehnung des Vertrags auf) und dann sieht sich auch noch der DGB Berlin-Brandenburg in der Pflicht, ohne differenzierte Begründung eine Ablehnung des Reformvertrags zu empfehlen. Da die wahrgenommene Grundstimmung an der SPD-Basis nicht mehr so zuverlässig pro-europäisch ausgerichtet ist, wie dies in den vergangenen Jahren der Fall war, sind dies ernst zu nehmende Warnsignale, die die Frage nach der grundsätzlichen Erwartungshaltung der SPD - und mit ihr der gesellschaftlichen Linken - an Europa aufwerfen.

Problem verstärkend kommt hinzu, dass die aktuelle Rechtsprechung des EuGH in den letzten Monaten eine eindeutige Akzentverschiebung aufweist, mit der die sog. Grundfreiheiten (insb. Binnenmarkt) gegenüber Belangen des Sozialschutzes, allgemeiner: der sozialen Dimension - eine neue Priorität in der Gewichtung erfahren haben. Die Einschränkung von Arbeitskampfmassnahmen in Schweden (Fall Viking) und zuletzt die Rechtsprechung gegen Tariftreueklauseln beim Vergaberecht der Länder (Fall Rüffert) sind prominente Fälle, die einen erheblichen Flurschaden in der Europaakzeptanz und Vermittlungsfähigkeit des Europagedankens angerichtet haben.

Vor diesem Hintergrund und aus Anlass des sog. Lissabonner EU-Reformvertrags in der Fassung vom 3. Dezember 2007, der aktuell in den Mitgliedstaaten und in Deutschland (23. Mai im Bundesrat und Bundestag) zur Ratifizierung ansteht, ist eine grundsätzliche Frage zu beantworten: Ist die EU für die gesellschaftliche Linke noch ein geeigneter Handlungsrahmen, um auf die politischen, ökonomischen und insbesondere sozialen Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren?

Meine Antwort ist "Ja" und ich sage dies nicht nur als pragmatisch ausgerichteter Berufseuropäer, sondern weil mit dem Reformvertrag zugleich die EU in ihrer "Verfasstheit" zur Disposition steht. Die Bewertung einer Vertragsänderung, wie sie jetzt ansteht, kann meines Erachtens nicht durch Kritik an - unzweifelhaft bestehen-



Mark Rackles ist Leiter des Europareferats der Senatskanzlei und Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand. Foto: Horb

den - Unzulänglichkeiten erfolgen, dazu ist die EU mit 27 Verfassungs- und Gesellschaftsordnungen viel zu sehr auf Kompromisse im Vertragstext angewiesen. Die Bewertung kann sinnvoll nur anhand der Antwort auf die Frage einer gesellschaftlichen Linken erfolgen: Ist die EU als politische Handlungsebene in der geänderten Verfasstheit besser als im status quo. Die bestehende Rechtslage ist mit dem sog. Vertrag von Nizza ein in vielen wichtigen Punkten - auch dies unzweifelhaft - unbefriedigender Zustand.

Wenn die PDS oder vermeintliche Links-Partei die Festlegung auf die "Grundsätze eines neoliberalen Finanzmarktkapitalismus und der Verzicht auf Sozialstaatlichkeit" ins Zentrum ihrer Kritik rückt (aktueller Entschließungsantrag der PDS-Bundestagsfraktion vom 22. April 2008), dann muss der Zustand ohne Reformvertrag (Nizza) besser sein als mit (Lissabon). Dies ist eindeutig nicht der Fall und die PDS, AfA und leider auch der DGB sollten hier nacharbeiten:

1. Grundsätzlich ist die EU - egal in welcher Verfassung - nicht per se neoliberal oder sozial. Die Verträge bilden einen Rahmen, der politisch maßgeblich durch die Politik der Mitgliedstaaten und hier in der Mehrheit ihrer bürgerlichen/ konservativen Regierungen ausgefüllt wird. Auch ein deutsches Grundgesetz schützt nicht vor unsozialen Gesetzen, wie wir in den letzten Jahren erleben durften. Institutionelle Kritik ist immer einfacher als die Auseinandersetzung um politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse; auf diese kommt es aber an und hier haben weder SPE noch Gewerkschaften auf europäischer Ebene ihre Hausaufgaben gemacht. Sogar

MdL Ralf Christoffers (Links-Partei, langjähriger Landesvorsitzender in Brandenburg) schreibt: "Mit dem Reformvertrag gibt es eine Chance, auf soziale und demokratische Formen, ein neoliberaler Weg ist nicht zwingend die einzige Alternative."

2. Die Grundrechtecharta werden durch den Reformvertrag rechtsverbindlich und vor dem EuGH einklagbar. MdEP Jo Leinen (SPD) spricht vom "weltweit umfassendsten und modernsten Katalog von Rechten und Freiheiten"; erstmals stehen die sozialen und wirtschaftlichen Rechte gleichberechtigt neben den klassischen liberalen Freiheitsrechten. Zu den Rechten zählt neben dem Recht auf Bildung, der Sozialbindung des Eigentums, dem Recht auf Kollektivmaßnahmen auch das Recht auf gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen sowie der Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse.

3. Und schließlich erfolgt die Zieldefinition der EU im Reformvertrag ausgewogener: Ist aktuell noch Ziel ein "System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes vor Verfälschungen schützt", so zählt mit dem Reformvertrag der Binnenmarkt ohne weitere Festlegung auf "freien und unverfälschten Wettbewerb" (ehemaliger Verfassungsvertragsentwurf) zu den Zielen. Der neue Zielkatalog verpflichtet die Union im Gegenteil konkreter als bisher auf eine Politik der Vollbeschäftigung, des sozialen Fortschritts, der Bekämpfung von Armut sowie zur nachhaltigen Entwicklung. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird gestärkt und dem reinen Wettbewerbsregime entzogen. Dies sind alles wichtige Wegmarken von der Wirtschaftszur Sozialunion.

Insbesondere die Grundrechtecharta und der Zielkatalog können für die künftige Rechtsprechung erhebliche Bedeutung erlangen, indem die Balance zwischen Grundfreiheiten und der sozialen Dimension zugunsten des Sozialen verschoben wird. Gerade das aktuelle EuGH-Urteil zum Vergaberecht, das faktisch länderspezifische Tarifreue Regelungen und Mindestentgelte im Hinblick auf die Dienstleistungsfreiheit verhindert, hätte auf neuer Rechtsgrundlage so nicht ausfallen können. Wer die soziale Dimension Europas stärken will, muss dem Reformvertrag daher zustimmen. Er ist ein institutioneller Fortschritt, der sozialpolitischen Fortschritt auf EU-Ebene ermöglicht. Diese neuen Handlungspotentiale zu nutzen, sollte das Ziel sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik sein. **Mark Rackles** □

Arbeit:

Mehr Rechte für Praktikanten

SPD-Bundestagsfraktion legt Positionspapier vor

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt ein Positionspapier zu fairen Regeln für Praktika beraten und beschlossen.

"Wir sehen dringenden gesetzlichen Handlungsbedarf, um junge Menschen beim Berufseinstieg vor Missbrauch und Ausbeutung zu schützen", erklärt der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD), Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung.

Nach jahrelangem Studium und Ausbildung ist die Hürde in das Berufsleben für viele junge Menschen noch lange nicht geschafft. Eine aktuelle Studie, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben, bestätigt, dass jeder Fünfte der heute 18- bis 34-Jährigen mindestens ein Praktikantenverhältnis o.ä. nach Abschluss der beruflichen Ausbildung absolviert hat. Mehr als 80 % der freiwilligen Praktikanten werden in mindestens der Hälfte der Arbeitszeit wie normale Arbeitskräfte eingesetzt. Die Hälfte, konkret 51% aller Berufseinstiegsverhältnisse, erhalten keine Bezahlung oder nur ein geringes Entgelt und dies ohne eine Aussicht auf eine

reguläre Anstellung. Die erhoffte Brückenfunktion in ein reguläres Arbeitsverhältnis erfüllt sich nur in 22 % der Fälle.

Motivierte und leistungsbereite junge Menschen werden als Praktikant, Volontär, Trainee, Hospitant oder mit ähnlicher Bezeichnung beschäftigt, um Berufspraxis zu sammeln. In der überwiegenden Zahl sind es aber keine Lernverhältnisse, sondern Arbeitsverhältnisse. Knapp die Hälfte war während des Praktikums auf finanzielle Unterstützung anderer angewiesen.

Berufseinstiegsverhältnisse sollen das Ziel haben, sich in einen Beruf hineinzulernen und -zudenken, um Einblicke in Themenfelder und Arbeitsabläufe zu gewinnen. Wichtig ist, dass Berufseinstiegsverhältnisse zu Lernzwecken genutzt werden.

"Wir wollen Praktika nicht verhindern, sondern ihren Missbrauch stoppen. Es geht um eine arbeitsrechtliche Stärkung von Praktika. Wir wollen Rechtsklarheit schaffen und das Praktikum klarer als solches definieren", so Swen Schulz. Die Forderungen an den Gesetzgeber hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier

aufgestellt. Grundlegend ist eine Vertragsniederschrift, die Praktikanten und Unternehmen verdeutlicht, dass es sich bei einem Praktikum um ein Lernverhältnis handelt. Bei der Ausgestaltung eines Berufseinstiegsverhältnisses müssen Lerninhalte und -ziele klar sein.

Damit wird mehr Transparenz und Rechtsklarheit geschaffen. Wenn Praktikanten als Arbeitnehmer eingesetzt werden, muss der jetzt schon bestehende Anspruch auf angemessene Vergütung einfacher durchzusetzen sein. Gesetzliche Regelungen müssen klarer gefasst werden und auch für Berufseinsteiger gelten. Schlechte Bezahlung oder gar unbezahlte Praktika müssen der Vergangenheit angehören.

Praktikanten, die als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, soll die Durchsetzung ihres Vergütungsanspruchs erleichtert werden. Angesichts der verbreiteten Form des unbezahlten Praktikums, die ein Arbeitsverhältnis vermuten lassen, muss es im Streitfall ausreichen, wenn der Betroffene Tatsachen vorträgt. Die Rechte der Betroffenen müssen gestärkt werden. **PM** □

Stammzellforschung:

Ab wann kommt einem Embryo Würde zu?

Serge Embacher: Schlüssige Begründung für Abstimmungsverhalten fehlte

Bei der Abstimmung zum Stammzellgesetz, die am 11. April im Bundestag stattfand, votierte Mechthild Rawert für den Gesetzentwurf, der schließlich die Mehrheit erlangte (siehe BERLINER STIMME vom 5. April).

Die neue Regelung sieht vor, dass die Stichtagsregelung für die Einfuhr menschlicher embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken nach Deutschland verändert wird. Bislang durften nur Stammzellen importiert werden, die vor dem 1. Januar 2002 'produziert' wurden. Künftig gilt der 1. Mai 2007 als Stichtag.

Für diese Entscheidung wurde keine Fraktionsdisziplin verlangt. Alle Abgeordneten waren tatsächlich nur ihrem Gewissen verpflichtet. Das bedeutet, dass jedes einzelne Votum respektiert und anerkannt werden muss. Das gilt natürlich auch für Mechthild Rawerts Votum. Doch darf man, egal welche Position man selbst in der Stammzellfrage vertritt, von einer Bundestagsabgeordneten eine konsistente Begründung für ihre Entscheidung in einer ethisch so sensiblen und wichtigen Angelegenheit erwarten.

Diese Begründung ist Mechthild uns bislang schuldig geblieben. Zwar hat sie sich zu ihrer Entscheidung mehrfach geäußert,

doch ist eine schlüssige Argumentation nicht zu erkennen. Der ethische Konflikt in der Stammzellfrage, der in der Frage besteht, ob zur Gewinnung von Stammzelllinien menschliche Embryonen 'verbraucht', das heißt getötet werden dürfen, wird von Mechthild überhaupt nicht thematisiert. Gerade dies hätte man aber von einer "bekenntenen Katholikin" dringend erwartet. Ab wann kommt einem menschlichen Embryo Würde zu? Welche Schutzrechte genießt er? Wie lässt sich das Verhältnis von Forschungsfreiheit und Menschenwürde beschreiben? Welche Gefahren eines ethischen Dammbereichs bestehen, wenn man der 'verbrauchenden' Embryonenforschung zustimmt? Diese Fragen muss man für sich, aber auch für diejenigen, gegenüber denen man rechenschaftspflichtig ist, öffentlich nachvollziehbar klären.

Die Haltung (nicht nur) der katholischen Kirche, nämlich ein Verbot der Einfuhr und Verwendung embryonaler Stammzellen, die sich in einem der alternativen Gesetzentwürfe wiederfand, bewertet Mechthild mit einem Federstrich als "polarisierend", da sie hinter das bisherige Stammzellgesetz zurückginge. Das zeugt von der mangelnden Auseinandersetzung mit alternativen Positionen. Auch der Hinweis auf den

vermeintlichen "Rechtsfrieden", der mit Hilfe von Mechthilds Entscheidung gewahrt werden soll, ist in diesem Zusammenhang deplaziert. Wenn man dieses Argument gelten lassen würde, dann hieße das im Umkehrschluss, der Rechtsfrieden in Deutschland würde gefährdet, wenn man sich gegen die Forschung mit embryonalen Stammzellen entscheidet!

Widersprüchlich ist schließlich der Verweis auf Geschlechtergerechtigkeit. Mechthild spricht zu Recht von der Situation in vielen Ländern auch der westlichen Hemisphäre, in denen "ökonomisch unterprivilegierte Frauen" mit materiellen Anreizen dazu gedrängt werden, Eizellen zu Forschungszwecken herzugeben. Wenn die Abgeordnete nun einer neuen Stichtagsregelung und damit der Verwendung weiterer Stammzelllinien zustimmt, zugleich aber sagt, sie wisse nichts bezüglich der Herkunft der künftig zu importierenden Stammzellen, dann stellt sich die Frage, wie seriös das frauenpolitische Argument hier gemeint ist. Der bloße Verdacht, dass eben doch Frauen unter Druck gesetzt und ausgebeutet werden könnten, hätte meines Erachtens ausgereicht, um der jetzt gefundenen fragwürdigen Regelung die Zustimmung zu verweigern. **Serge Embacher** □

Erbschaftssteuer:

Mehr Verteilungsgerechtigkeit schaffen

Frank Kirstan: CDU gefährdet mit ihren Plänen die Steuereinnahmen der Länder

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat die Erbschaftssteuer in ihrer bisherigen Form im Februar 2007 für unrechtmäßig erklärt. Es bemängelte, dass die Erben von Immobilien, Betriebsvermögen und Firmenanteilen gegenüber den Erben von Geld und Wertpapieren bevorzugt würden, weil die Grundlage der Besteuerung nicht der erzielbare Marktwert sei. Inzwischen liegt ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, über den heftig gestritten wird. Noch in diesem Jahr soll das Gesetz zur Reform des Erbschaftssteuer- und Bewertungsrechts in Kraft treten.

In Deutschland gibt es bisher Steuersätze für Erbschaften, die im internationalen Vergleich sehr niedrig sind. Die Bedeutung des Aufkommens aus der Erbschaftssteuer war in der Vergangenheit jedoch eher gering, weil es jahrzehntelang nicht viel zu erben gab. Der Anteil der Erbschaftssteuer macht ein halbes Prozent aller Steuereinnahmen aus, rund 4 Mrd. Euro.

OECD EMPFIEHLT HÖHERE ERBSCHAFTSSTEUER

Nun ist es aber inzwischen so, dass jährlich etwa 180 Mrd. Euro weitergegeben werden. Mehr als doppelt so viel, wie noch Anfang der Neunziger. Selbst die linker Ideologie unverdächtige OECD empfiehlt eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, da große Vermögen hierzulande kaum noch belastet werden.

Wird außerdem berücksichtigt, dass Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen zwischen 2000 und 2007 um 42,7 % gewachsen sind, dem gegenüber steht ein Anstieg der Arbeitnehmerbruttoentgelte um lediglich 10,8 %, dann erscheint eine größere Verteilungsgerechtigkeit die logische Konsequenz dieser Entwicklung zu sein.

WAS DIE POLITIK PLANT

Im Kern legt der Gesetzentwurf fest, dass die Erhöhung der Freibeträge für Ehegatten, Kinder und Enkel, den Übergang des privat genutzten Wohneigentums auch zukünftig im Regelfall ohne zusätzliche Belastung sicherstellt. Das Erben eines normalen Einfamilienhauses bleibt damit weiterhin steuerfrei. Die Diskriminierung der eingetragenen Lebenspartnerschaften beim Erbschaftssteuerrecht soll abgeschafft werden. Vorgesehen ist der gleiche Freibetrag wie bei Ehepaaren.



Frank Kirstan ist Mitglied der SPD Mitte und stellvertretender Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der Berliner SPD.

BETRIEBSVERMÖGEN DEUTLICH BESSER GESTELLT

Der schwierige Teil ist die Behandlung des Betriebsvermögens. Die Änderung sieht ein so genanntes Abschmelzmodell vor, wonach 85 % der Vermögenswerte eines Betriebes freigestellt werden, sofern 70 % der Lohnsumme über 10 Jahre erhalten bleiben und der Betrieb 15 Jahre fortgeführt wird.

Diese Begünstigung wird mit dem Argument gerechtfertigt, damit Arbeitsplätze zu erhalten. Dadurch beträgt die Erbschaftssteuer auf das Betriebsvermögen maximal 4,5 %, wenn das Unternehmen nach 15 Jahren fortgeführt wird. Im Gegensatz zum Spitzensteuersatz von 30 % bei Privatvermögen, wird damit Betriebsvermögen mit einem Steuersatz von 4,5 % deutlich besser gestellt.

Insgesamt beabsichtigt die Reform ein

Stichwort: Erbschaftssteuer

Der Gesetzentwurf vom Dezember 2007 sieht vor: Freibeträge für Ehegatten und Lebenspartner werden auf 500.000 €, für Kinder auf 400.000 € und für Enkel auf 200.000 € angehoben. Dazu kommt für Steuerklasse I ein Freibetrag für Hausrat (€ 41.000) und andere bewegliche Gegenstände (€ 10.300). Bei Immobilien wird künftig der tatsächliche Wert angesetzt. Für Erben der Steuerklassen II und III gelten künftig höhere Steuersätze, dafür steigt der Freibetrag von 5.200 Euro auf 20.000 Euro. □

verfassungskonformes Erbschaftssteuerrecht, das Einnahmen in Höhe des bisherigen Niveaus von 4 Mrd. Euro vorsieht.

Selbst diese unternehmensfreundliche Regelung wollte die Union vom Tisch wischen und am liebsten die Erbschaftssteuer komplett abschaffen. Unterstützt wird die CDU dabei von Wirtschaftsverbänden, die sich hinter fadenscheinigen Argumenten bei ihrer Kritik verstecken (z. B. das Abschmelzmodell sei zu bürokratisch), und nur das Ziel verfolgen, sich noch weiter aus der gesellschaftlichen Verantwortung für die Finanzierung der staatlichen Aufgaben durch Steuern zu verabschieden.

Ein unerträgliches Zusammenspiel auf, im wahrsten Sinne des Wortes, Kosten der Allgemeinheit. Die CDU muss sich in dieser Sache die Frage gefallen lassen, warum sie Klientelpolitik für reiche Unternehmen betreibt und damit Steuereinnahmen der Länder gefährdet, die dringend für Kinderbetreuung und Bildung gebraucht werden. Schließlich kommt die Erbschaftssteuer allein den Bundesländern zu gute.

CDU-FORDERUNGEN SIND NICHT AKZEPTABEL

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Reform des Erbschaftssteuer-Bewertungsrechts ist nicht der große Wurf, sorgt aber zumindest für die Stabilisierung der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer und bringt verfassungsgemäße Regelungen. Es ist ein Koalitionskompromiss, bei dem die SPD sich bereits gewaltig streckt und eine weitere Privilegierung der Unternehmen, wie von der CDU gefordert, nicht akzeptieren darf.

Das Ziel der SPD muss eine stärkere Belastung großer privater Erbschaften sein, um dadurch eine größere und notwendige Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer muss sich deutlich erhöhen!

Die aktuellen Mehrheitsverhältnisse lassen leider keine gerechtere Reform der Erbschaftssteuer zu. Der Weg ist das Ziel. Im Bundestagswahlkampf 2009 sind wir als SPD gefordert, die Verteilungsgerechtigkeit zu thematisieren und (nicht nur) die Union damit in der politischen Auseinandersetzung zu treiben. Die Gerechtigkeitsfrage dürfte ein zentraler Schlüssel sein, um verloren gegangenes Vertrauen bei den Menschen zurück zu gewinnen. Und außerdem gilt es, sozialdemokratische Programmatik und Beschlüsse endlich mit Leben zu erfüllen.

Frank Kirstan □

Wirtschaft:

Alternativen zur traditionellen Ökonomie

Nachhaltiges Wirtschaften: Sigmar Gabriel stellt Holger Rogalls neues Buch vor

In seinem neuen Buch zeigt der Berliner SPD-Umweltexperte Prof. Dr. Holger Rogall Alternativen zur traditionellen Ökonomie auf. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel stellt die Veröffentlichung auf einer Diskussionsveranstaltung am 6. Mai um 17.30 Uhr in der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin vor.

Auch 16 Jahre nach der Erklärung der nachhaltigen Entwicklung zum neuen Leitbild der Menschheit herrscht keine klare Vorstellung darüber, welche konkreten Ziele und Prinzipien ein nachhaltiges Wirtschaften zu verfolgen hat. Holger Rogall erläutert in seinem Buch *Ökologische Ökonomie – Neue Umweltökonomie* die zentralen Aussagen zur ökonomischen Theorie eines nachhaltigen Wirtschaftens. In einer gemeinsamen Veranstaltung der Gesellschaft für Nachhaltigkeit (GfN), der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin (FHW), Berlin 21 e.V. und des VS Verlages stellt der Autor das Buch erstmals der Öffentlichkeit vor. Neben einer Podiumsdiskussion zum Thema „Benötigen wir eine nachhaltige Ökonomie“ sind auch Vorträge von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Prof. Dr. Peter Henricke geplant.

REVOLUTION DES ÖKONOMISCHEN DENKENS

Für die großen globalen Probleme des 21. Jahrhunderts hat die traditionelle Ökonomie weder eine ausreichende Erklärung noch erfolgversprechende Konzepte zur Lösung. Empirisch nachweisbar ist heute das Versagen der neoliberalen Theorie, die weder Hunger, Verteilungsungerechtigkeit und Armut beseitigen konnten noch ein Konzept für die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen zu bieten hat. Teile der Politik und Bürgergesellschaft haben schon 1992 auf der „Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro erkannt, dass die derzeitigen Entwicklungstrends nicht zukunftsfähig sind und als neue Leitidee eine Nachhaltige Entwicklung beschlossen. Die traditionelle Ökonomie hat diese Zäsur noch nicht wahrgenommen, sie lehrt weiterhin die Theorien des Marktliberalismus. So wie die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre die sogenannte „keynesianische Revolution“ hervorbrachte, die den Wirtschaftsliberalismus für 50 Jahre zurückdrängte, sieht Holger Rogall aufgrund der zunehmenden globalen Probleme erneut die Zeit für eine „Revolution des ökonomischen Denkens“ ge-



Bundesumweltminister Sigmar Gabriel präsentiert Holger Rogalls Buch „Ökologische Ökonomie – Neue Umweltökonomie: Theorie und Praxis einer nachhaltigen Ökonomie“. Foto: SPD

kommen. Die Grundlagen für eine derartige „nachhaltige (ökologische) Ökonomie“ hat der Hochschullehrer in seinem neuen Lehrbuch zusammengefasst. Er schafft hiermit auch die theoretischen Grundlagen für die von Bundesumweltminister Gabriel geforderte ökologische Industriepolitik, mit der er Deutschland einen führenden Platz in den globalen Leitmärkten der Zukunft sichern will.

ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN

Eine Alternative zur traditionellen Ökonomie versucht die ökologische Ökonomie in ihren zahlreichen neuen Studiengängen in Deutschland zu formulieren. Professor Dr. Peter Henricke, bisheriger Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie: „Umso erstaunlicher ist die begrenzte Verfügbarkeit deutschsprachiger Einführungen zu diesem Thema.“ Das Buch von Rogall schließt diese Lücke, indem es sich in didaktisch aufgearbeiteter Form die zentralen Aussagen der ökologischen Ökonomie und der neuen Umweltökonomie vermittelt und damit die Grundlagen für eine Nachhaltige Ökonomie legt. Das Buch erläutert die Hindernisse, die eine praktische Umsetzung der ethischen Prinzipien der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit hemmen, formuliert aber auch die Potentiale menschlichen und politischen Eingreifens, indem es sich mit den notwendigen Instrumenten einer nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzt.

NEUE INHALTE

Hierzu werden im Kapitel über die Ausgangsgrundlagen zunächst die historische

Entwicklung der Umweltpolitik, zentrale Umweltprobleme des 21. Jahrhunderts, wie die Klimaerwärmung sowie die Grundlagen des Begriffs der Nachhaltigen Entwicklung erläutert. Ihr folgt die Vermittlung der traditionellen Ökonomie und Umweltökonomie, die erklärt warum die Menschheit ihre natürlichen Lebensgrundlagen systematisch übernutzt. Rogall zeigt hier den umfassenden Reformbedarf an der traditionellen Ökonomie, die aus seiner Sicht einer ganz neuen Grundlage bedarf.

Hier geht der Autor in seiner Kritik weit über den ökologischen Ansatz hinaus. In den daran anschließenden Kapiteln werden die 10 Kernaussagen der ökologischen Ökonomie und Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung durch die neue Umweltökonomie erläutert.

Insbesondere wird mit dem homo cooperativus ein neues Menschenbild und mit der Nachhaltigen Ökonomie eine neue Wirtschaftsschule vorgeschlagen. Die nächsten drei Kapitel unterbreiten einen Diskursvorschlag für eine Nachhaltigkeitsethik und ausgewählte Transdisziplinäre Grundlagen einer Nachhaltigen Ökonomie, insbesondere aus den Bereichen Politik, Recht und Technik. Weiterhin wird eine Präzisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs mittels Prinzipien und neuen Messsystemen vorgestellt.

Die darauf folgenden Kapitel erörtern die notwendigen politisch-rechtlichen Instrumente zur Einhaltung der Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit einer Nachhaltigen Entwicklung. Im Zentrum stehen die direkt wirkenden Ge- und Verbote des Ordnungsrechts, wie Nutzungspflichten und Grenzwerte sowie umweltökonomische Instrumente wie die Ökologisierung des Finanzsystems und Naturnutzungsrechte.

Das Buch schließt mit Kapiteln über die globalen Bedingungen einer Nachhaltigen Entwicklung, hier wird u.a. ein globaler Ordnungsrahmen gefordert, und einer zusammenfassenden Skizze über die Zukunft der Nachhaltigen Ökonomie. **BS □**

➡ Buchvorstellung mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: 6. Mai, 17.30 Uhr, in der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Badensche Str. 50.

➡ Holger Rogall: *Ökologische Ökonomie – Neue Umweltökonomie: Theorie und Praxis einer nachhaltigen Ökonomie*, 2. vollständig umgearbeitete und stark erweiterte Auflage, 378 S., VS-Verlag Wiesbaden.

➡ Weitere Informationen: <http://www.holger-rogall.de/aktuelles.htm>

Gedenken:

Ein loyaler Linker

Zur Erinnerung an Berlins SPD-Vorsitzenden Franz Künstler (1888-1942) - Teil 1

Am 13. Mai 2008 jährt sich zum 120. Mal der Geburtstag des ehemaligen Berliner SPD-Vorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Franz Künstler. Dieses Jubiläum ist jedoch gegenwärtig nicht der einzige Grund, seiner zu gedenken. Im Zusammenhang der Erinnerung an die "Machtergreifung" der Nationalsozialisten vor 75 Jahren mit ihrem brutalen Terror gegen die gesamte politische Linke gibt es vielfältigen Anlass für ein ehrendes Gedenken an Franz Künstler. Sein Leben und Wirken sei hier dargestellt als ein herausragendes Beispiel der vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die die Weimarer Demokratie bejahten, ihrer Zerstörung entgegenzutreten versuchten und dann unter der NS-Herrschaft verfolgt wurden.

Aufgewachsen im sozialdemokratischen Arbeitermilieu Kreuzbergs, erlernte Franz Künstler das Handwerk des Maschinenschlossers. Schon früh engagierte er sich gewerkschaftlich und politisch. So gehörte er 1904 zu den Mitbegründern des "Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins", der ersten deutschen Arbeiterjugendorganisation überhaupt. 1906 trat er dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 1907 der SPD bei.

ENTSCHEIDENER KRIEGSGEGNER

Künstler war entschiedener Kriegsgegner und Antimilitarist. Im August 1914 teilte er keineswegs die Kriegsbegeisterung weiter Bevölkerungskreise. Die Politik des "Burgfriedens" und der Bewilligung der Kriegskredite durch die Mehrheit seiner Partei lehnte er ab. Im Jahre 1916 wurde Künstler selbst eingezogen und musste bis 1918 an der Westfront Kriegsdienst leisten. 1917 wechselte er zur USPD, in der sich die sozialdemokratischen Kriegsgegner sammelten. Bestärkt durch die Kriegserfahrung, wurde der Kampf gegen Krieg und Militarismus zu einem zentralen Leitmotiv seines politischen Wirkens.

Am Kriegsende kehrte Franz Künstler nach Berlin zurück und wurde in Neukölln, wo er seit 1914 seinen Wohnsitz hatte, Vorsitzender der USPD, die dort die stärkste Partei war. Im Verlauf des Krieges war Berlin zu einer Hochburg der USPD geworden. Im Juni 1920 wurde Künstler als Kandidat der USPD in den Reichstag gewählt. Von Ende 1919 bis Anfang 1922 gehörte er zudem dem zentralen USPD-Vorstand an. Als sich die USPD 1920 an der Frage des Bei-



Franz Künstler im Sommer 1927 bei einer Wanderung in Brandenburg.

Foto: Archiv der Sozialen Demokratie

tritts zur Kommunistischen Internationale spaltete, gehörte Künstler zur Minderheit der Partei, die den Anschluss aus prinzipiellen Gründen ablehnte, da die bolschewistischen Prinzipien mit der freiheitlich-demokratischen Tradition der Sozialdemokratie nicht vereinbar waren.

Im Herbst 1922 kehrte Franz Künstler im Zuge der Wiedervereinigung von "rechter" USPD und MSPD in die SPD zurück. 1924 wurde er Vorsitzender des SPD-Bezirksverbands Groß-Berlin. Dieser war durch einen sehr hohen Anteil ehemaliger USPD-Mitglieder geprägt. Künstler stand somit vor der schwierigen Aufgabe, die verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei zu einem gewissen Ausgleich zu bringen. Die Mitgliederzahl der Berliner SPD war im Verlauf des Krieges dramatisch gesunken. Während der Bezirksverband im Jahre 1911 fast 120.000 Mitglieder umfasst hatte, waren es 1924 nur noch gut 34.000. Im Verlauf der "Amtszeit" Künstlers gelang es, die Zahl der Mitglieder wieder auf über 80.000 zu erhöhen.

Trotz ihrer örtlich starken kommunalpolitischen Rolle auf bezirklicher Ebene schaffte es die Berliner SPD damals nie, das Stadtoberhaupt zu stellen, geschweige denn die absolute Mehrheit zu erreichen. Trotzdem konnte sie in zähem Ringen mit

bürgerlichen Kreisen wirksame Reformen zugunsten der arbeitenden Menschen durchsetzen, etwa in der Schul- und Wohnungsbaupolitik.

Neben seiner Funktion als Vorsitzender der Berliner SPD war Franz Künstler auch Mitglied des Reichstags. Ab September 1924 bis zum Ende der Weimarer Republik wurde er stets als Kandidat der SPD im Wahlkreis 3 direkt gewählt. Seine Redebeiträge im Reichstagsplenum bezogen sich hauptsächlich auf Fragen der Wehrpolitik. Sein Ziel war es, durch Reformen die Reichswehr zu einem "zuverlässigen Instrument der Republik" zu machen.

Versucht man die Position Franz Künstlers in der SPD der Weimarer Republik zu charakterisieren, so kann man ihn wohl als einen "loyalen Linken" bezeichnen. "Links", weil er eine zu starke Kompromisspolitik gegenüber dem bürgerlichen Lager ablehnte, am sozialpolitischen Profil der SPD festhielt und die Ablehnung des Krieges und den Internationalismus als unverzichtbaren Kernbestand sozialdemokratischer Identität betrachtete. "Loyal", weil er - trotz aller notwendigen Debatten um den richtigen Kurs - die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit seiner Partei erhalten wollte und jede aggressive innerparteiliche Abgrenzung oder gar Abspaltung (wie die 1931 zur SAP) strikt ablehnte.

IM ZWEIFRONTENKRIEG

Als Repräsentant der SPD der deutschen Hauptstadt befand sich gerade auch Künstler seit dem Ende der zwanziger Jahre in einem Zweifrontenkrieg gegenüber den Nationalsozialisten und ihrer braunen Bürgerkriegsarmee auf der einen und den Kommunisten auf der anderen Seite. Letztere übernahmen ab 1928 die "Sozialfaschismus"-Theorie der Komintern und bekämpften nun die Sozialdemokratie als ihren "Hauptfeind". Vor allem Franz Künstler - den die SED später posthum zu vereinnahmen suchte - wurde seit 1928 von den Berliner Kommunisten mit Hohn und Spott verfolgt ("Seifen-Künstler"). Einheitsfrontangebote der KPD gingen auch nicht an ihn oder andere Spitzenfunktionäre, sondern allein an die Basis der SPD. Ein durchsichtiges Manöver, das die Komintern 1935 im Rückblick selbst verurteilte - doch da war alles zu spät. **Ingrid Fricke** □

Ingrid Fricke ist Mitglied der historischen Kommission der Berliner SPD.

➡ Der zweite Teil des Beitrags erscheint in der Ausgabe am 24. Mai 2008

VERANSTALTUNGSTIPPS

Alt-Falken-Treffen in Berlin. Der Zeltlagerplatz e.V. Berlin-Heiligensee (ZeV) lädt wieder alle ehemaligen Falkenmitglieder und ihre Freunde zu einem Wiedersehen nach Heiligensee ein. Das diesjährige Treffen findet am Sonntag, 25. Mai 2008 ab 15:00 Uhr auf dem Zeltplatz in Heiligensee, Rallenweg 4 statt. Da dem ZeV nicht alle Adressen ehemaliger Falkenmitglieder bekannt sind und er deshalb an sie keine persönliche Einladung verschicken kann, bittet der ZeV auf diesem Wege alle Interessierten, einfach am 25. Mai um 15:00 Uhr nach Heiligensee zu kommen. Wer will, kann seine Adresse auch der Geschäftsstelle des ZeV mitteilen, damit die Falken-Datetei vervollständigt werden kann (Tel.: 030-

43 66 61 55, Fax: 030-43 66 61 56, Email: Alt-falken@ZeV-Berlin.de).

"Die Topographie des Terrors - Vergangenheit und Zukunft". Zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem geschäftsführenden Direktor der Stiftung Topographie des Terrors Professor Dr. Andreas Nachama laden die SPD „Südliche Friedrichstadt“ und die SPD Friedrichshain-Kreuzberg am 6. Mai um 20.00 Uhr ins Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 1, Raum 376 ein. Die Gesprächsleitung hat die SPD-Abgeordnete Canan Bayram. Die Veranstaltung soll einen Beitrag zum Gedenken an den 75. Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Jahre 1933 leisten und an den Ort des Terrors im Herzen Berlins erinnern. Vor dem Hintergrund des 2007 begonnenen Neubaus des Dokumentationszentrums soll gemeinsam mit Herrn Prof. Nachama

eine Bilanz zum Umgang mit diesem Teil der Geschichte gezogen und der Blick in die Zukunft der Topographie des Terrors gerichtet werden.

„Arm trotz Arbeit - wohin steuert der deutsche Arbeitsmarkt?“ lautet das Thema einer Veranstaltung der Charlottenburger SPD-Abteilungen City-Westend (73), Neu-Westend (78), Olivaer Platz (93) und der AfA des Kreises. Es diskutieren Ottmar Schreiner (MdB, Bundesvorsitzender der AfA), Dieter Scholz (Vorsitzender DGB Berlin-Brandenburg), Dr. Alexandra Wagner (Geschäftsführerin FIA Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt), Prof. Dr. Bernd Reissert (Prof. für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der FHTW Berlin). Montag, 26. Mai 2008, um 19.30 Uhr im IB-Ausbildungshotel „Hotel Kurfürstendamm am Adenauerplatz“, Kurfürstendamm 68. **BS** □

GEBURTSTAGE

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMINE

- **Brauchen wir eine Nachhaltige Ökonomie?** Fachtagung mit Bundesumweltminister Sigmund Gabriel, Prof. Dr. Peter Hennicke, Prof. Dr. Holger Rogall, Dienstag, 6. Mai 2008, von 17.30 bis 21.00 Uhr, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Raum 404, Badense Straße 50 – 51, 10825 Berlin-Schöneberg, www.fhw-berlin.de
- SPD Friedrichshain-Kreuzberg – Abt. „Südliche Friedrichstadt, „**Die Topographie des Terrors - Vergangenheit und Zukunft**“, mit dem geschäftsführenden Direktor der Stiftung Professor Dr. Andreas Nachama, Dienstag, 6. Mai 2008 um 20.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen (AfA) in der SPD Mitte, **Über Sinn und Unsinn der Leiharbeit**, Diskussion mit Astrid Westhoff, stv. Landesleiterin ver.di Berlin-Brandenburg, und Frank Kirstan, stv. Landesvorsitzender der AfA in der Berliner SPD, Dienstag, 6. Mai 2008, um 18.00 Uhr, Opatija Grill, Müllerstr. 70 Ecke Dubliner Straße, 13349 Berlin, nahe U-Bhf. Rehberge
- AfA Gesamtbetriebsgruppe bei den Berliner Agenturen für Arbeit und Jobcentern, **Jobcenter . Wie geht's jetzt bitteschön weiter?**, Mittwoch, 7. Mai 2008, ab 17.00 Uhr, Ännchen von Tharau (Cafe, Restaurant im Haus des Sozialverbandes), Rolandufer 6, 10179 Berlin, direkt S- und U- Bahnstation Jannowitz Brücke
- Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit, **Weiterentwicklung der Berliner Wirtschaftsförderung – klare Aufgaben und Strukturen**, mit dem Wirtschaftssenator Harald Wolf, Jürgen Wittke, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Berlin, Barbara Loth, Stadträtin für Wirtschaft, und Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, Mittwoch, 7. Mai 2008, um 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- Kulturforum Stadt Berlin, **Bauhistorische Führung durch das Schinkel-Denkmal auf dem Kreuzberg**, Mittwoch, 7. Mai, 18.00 Uhr, Treffpunkt vor dem Sockelgeschoss des Denkmals im Viktoriapark
- Kulturforum Stadt Berlin, **Kulturrundgang Kopenhagener Straße**, Donnerstag, 8. Mai, 17 Uhr, Haus der Sinne, Ystader Str. 10, Prenzlauer Berg (U + S-Bahn Schönhauser Allee)
- ASF Tempelhof-Schöneberg, **Schulhofgeschwätz!** An welchen Belangen orientiert sich die Berliner Schulpolitik? Referentin: Monika Buttgeriet, Vorsitzende des SPD Arbeitskreises Stadt des Wissens, Donnerstag, 8. Mai 2008, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz
- AK Gesundheit und Soziales Tempelhof-Schöneberg, **Gender und Gesundheit**, Referentin: Prof. Dr. Martina Dören, Charité Berlin,

Donnerstag, 8. Mai 2008, um 17.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2048, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

- SPD Neukölln - 5. + 1. Abt. **Europapolitik und Schwerpunkt Verbraucherschutz**, Referentin: Dagmar Roth-Behrendt, MdEP, Donnerstag, 8. Mai 2008, um 19.30 Uhr, Rathaus Neukölln, 2.Etage, BVV-Saal, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin
- SPD Berlin u.a., **75. Jahrestag der Bücherverbrennung auf dem Berliner Bebelplatz**, Samstag, 10. Mai 2008, von 11.00 bis 17.00 Uhr, Bebelplatz
- SPD Charlottenburg-Wilmersdorf – Abt. 71, **Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren, Unsere Wirtschaftsordnung** - Ref.: Gottfried Krupp-Boulboulé, Dienstag, 13. Mai 2008, um 19:30 Uhr, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin-Charlottenburg-Nord
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, **Die soziale Stadt Berlin - -aktuelle sozialräumliche Entwicklungen in den Berliner Bezirken**, mit Prof. Dr. rer. pol. Hartmut Häußermann, Professor der Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Donnerstag, 15. Mai 2008, um 19.30 Uhr, Loretta am Wannsee
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, **Stadtspaziergang durch das Alte Zentrum von Potsdam** -Stadtplanerische Ziele, Erfolge und Vorhaben mit Richard Röhrbein, ehem. Stadtplanungsdirektor von Potsdam, und Mike Schubert Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Potsdam, Sonnabend, 17. Mai, von 11.00 bis ca. 13.30 Uhr, Treffpunkt: Schiffbauergasse vor dem neuen Hans-Otto-Theater
- Berliner Stimme/Kulturforum Stadt Berlin, Lesungen im Kurt-Schumacher-Haus: **Horst Bosetzky liest aus seinen Berliner „Kartoffelbüchern“**, Sonntag, 18. Mai 2008, um 11.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Wir bitten um Anmeldungen unter berliner.stimme@spd.de, telefonisch unter 4692 150 oder per Post: Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
- AK Lateinamerika, **Gesprächskreis**, Dienstag, 20. Mai, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- FORUM – Gemeinsames Wertefach für Berlin, **Pro Ethik: Respekt und Verständigung. Zwei Jahre gemeinsamer Ethikunterricht in Berlin**. Dienstag, 20. Mai, um 19.00 Uhr, GEW-Haus, Ahornstraße 5 10787 Berlin-Schöneberg
- ASF Tempelhof-Schöneberg, **„Frauen in der Malerei“ - Führung durch die Gemäldegalerie**, Donnerstag, 22. Mai 2008, um 18.45 Uhr, Kulturforum, Matthäikirchplatz 4/6, (hinter der Neuen Nationalgalerie), S + U Potsdamer Platz, Bus Philharmonie, Kosten: ca. 2,50 € pro Person. Die Teilnehmerinnenzahl ist begrenzt, bitte per Email anmelden bei: marijke.hoepfner@asf-ts.spd-berlin.de
- SPD Pankow, **Thierse trifft ... Seyran Ates**, Rechtsanwältin und Autorin, Dienstag, 27. Mai 2008, um 19.30 Uhr, Kulturbrauerei im Soda-Salon, Eingang Knaack- oder Sredzki-straße. Der Eintritt ist frei.

S PRECHSTUNDEN

- **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878. Nächster Termin: Montag, 17. März 2008, von 16.00 bis 18.00 Uhr
- **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de. Nächste Termine: Freitag 9. Mai, 15 bis 17 Uhr, Freitag, 20. Juni, 15 bis 17 Uhr
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de Nächster Termin: Freitag, 9. Mai 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro**: Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 15. Mai 2008, von 14.00 bis 16.30 Uhr
-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.
- **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de
-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.
- **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Rundgang in Charlottenburg

Der erste von vier Rundgängen mit Dr. Dorothea Zöbl zu "Politischen Orten in Charlottenburg-Wilmersdorf" führt an die TU-Berlin, wo Ernst Reuter 1946 kurzfristig wohnte und der Bundestag 1955 zusammentrat. Treffpunkt ist am Freitag, dem 9.5.2008, um 16.00 Uhr vor der TU-Mensa am Steinplatz. Der Rundgang dauert ca. 2 Stunden. Die Teilnahme kostet 4.- EUR.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Einladung ins Theater

„Glanzlichter der Revue“

28. Juni: Mit der BERLINER STIMME in den Friedrichstadtpalast

Für Glanzlichter war der „Friedrichstadtpalast“ immer wieder gut. Jetzt geben die „Glanzlichter der Revue“ der aktuellen Show den Namen. Noch bis 29. Juni ist sie zu sehen. Im Rahmen ihrer Theater- und Opernbesuche laden Berliner Stimme, Vorwärts Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie am vorletzten Spieltag, Sonnabend, d. 28. Juni zu einem Besuch der Aufführung ein.

Der Friedrichstadtpalast kann auf eine lange Revuetradition an diesem Ort zurückblicken. Aus der 1867 eröffneten Markthalle wurde schon 1873 eine Zirkusarena mit 5.000 Plätzen. Max Reinhardt ließ den Zirkus nach dem 1. Weltkrieg zum „Großen Schauspielhaus“ mit 3.000 Plätzen umbauen, ab 1924 begeisterten unter der Direktion von Erik Charell Stars wie Marlene Dietrich, Claire Waldoff, La Jana und die Comedian Harmonists die Berlinerinnen und Berliner. Nach dem Wiederaufbau 1945 finden Varieté, Ballett, Girlreihe und ein Kinderensemble im „Palast-Varieté“ ihren Platz. Der Mauerbau 1961 schneidet Ost-Berlin vom Lichterglanz des Westens ab, nun sorgt der „Friedrichstadtpalast“ für ein wenig Glamour und internationale Starauftritte.

Nach der Wende sinken die Besucherzahlen zunächst, der „Friedrichstadtpalast“, mit dem sich im Ostteil viele Jugenderinnerungen verbinden, muss seinen Platz im Unterhaltungsangebot zwischen großen Musical-Theatern und Berliner Varietés finden. Seit 1995 wird er in Form einer landeseigenen GmbH geführt, 2007 wurde Dr. Berndt Schmidt Intendant des Hauses.

Seit Januar steht Revuestar Sabine Hettlich in der Neufassung der „Glanzlichter der Revue“ auf der Bühne des „Friedrichstadtpalastes“. Vor liebevoll inszenierten Bühnenbilder gibt es schwungvolle Tanz-



Glanzlichter der Revue mit Sabine Hettlich.

Foto: Jim Rakete

choreographien und Evergreens aus über einem Jahrhundert Revuegeschichte, vom Berliner Kabarett der 20er Jahre, über den Glamour des New Yorker Broadways bis hin zu den großen Pariser Revuen. Gaststar am 28. Juni ist Max Mutzke. Wir haben für diese Aufführung 50 Karten reserviert und bitten um rasche Reservierung. Auf den regulären Kartenpreis erhalten wir 20 Prozent Rabatt (Preisgruppen 1 - 3). Intendant Dr. Berndt Schmidt steht zum Gespräch zur Verfügung, berichtet über die aktuelle Situation und gibt einen Ausblick. **U.H.** □

➡ „Glanzlichter der Revue“, 28. Juni, 19 Uhr, Einführung durch Intendant Dr. Berndt Schmidt. Auf die Karten der Preiskategorien 1 (regulär 61 Euro), 2 (52 Euro) und 3 (45 Euro) gewährt uns der Friedrichstadtpalast einen Rabatt von 20 Prozent. Uns stehen 50 Karten zur Verfügung, wir bitten um rasche Reservierung unter berliner.stimme@spd.de, telefonisch unter 4692 150 oder per Post an Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

KULTURTIPPS

„Ihre Bohème“ in der Neuköllner Oper. Neuköllns Oper ist anders, muss anders sein. Wer das Haus an der Karl-Marx-Straße kennt, weiß um dessen Ansatz, auch bekannte Werke einer totalen Bearbeitung zu unterziehen mit dem Ziel, spannendes Musiktheater für und mit Menschen von heute zu machen. Deshalb verwandelt sich Puccinis naturalistisches Milieustück in einen bewegenden Abend über das Alter. Denn hier sind die Darsteller der sonst jungen Bohemiens selbst alt, aber vital: Sie haben gelebt, geliebt und man sieht es ihnen auch an. Doch Leidenschaft ist keine Frage des Alters. Mimi & Co erinnern sich an ihre Emotionen, lassen sie lebendig werden und sich von ihnen überwältigen - bewundernswert, sympathisch und ohne jeden Theaaterzauber: auf einer Bühne, die eher an einen Aufenthaltsraum im Seniorenheim erinnert. Begleitet von einem (ebenfalls) sichtbaren Kammerorchester erzählt das gesanglich überzeugende Ensemble die allseits bekannte Geschichte, allerdings mit einem überraschend einleuchtenden neuen Schluss. So viel sei verraten: Gestorben wird (noch) nicht.

➡ Puccinis "Bohème" in einer Fassung der Neuköllner Oper von Rainer Holzapfel und Tobias Schwencke, Spieltermine: 4., 8., 10./11., 18., 21./22., 24., 29. und 31. Mai sowie 1., und 6. Juni 2008 um 20 Uhr. Karten kosten zwischen 9 und 21,- Euro, Vorbestellung unter 030/68 890777

Theater im Willy-Brandt-Haus. Unter dem Titel „Call Cutta in a Box“ präsentieren Rimini Protokoll und das Theater Hebbel am Ufer (HAU) bis zum 29. Juni im Willy-Brandt-Haus ein interkontinentales Telefon-Theaterstück aus der Zone zwischen Realität und Fiktion. Je zwei Personen können ihren persönlichen Telefontermin buchen. Bitte unbedingt vorher reservieren:

➡ Telefon: 030-259 004 27, www.hebbel-am-ufer.de